

**Nr. 1.**

**1858.**

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 18. Februar 1858.



Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Halle, Böbbeke, Grottrian, Aronheim, Fabricius, Bierbaum und Steinmeyer wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protokoll der letzten Sitzung am 10. December v. J. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. Aus den nach der Tagesordnung von der Versammlung zunächst vorgenommenen Wahlen eines Vorsitzenden und eines Stellvertreters desselben für das laufende Kalenderjahr gehen hervor:

als Vorsitzender: der bisherige Vorsitzende, Herr Desterreich, welcher, dankend für das ihm durch die Wiederwahl bewiesene Vertrauen, es für seine Pflicht hält, dem ihm Seitens der Versammlung zu erkennen gegebenen Wunsche, in seinen bisherigen Functionen zu verbleiben, nachzukommen;

als Vertreter des Vorsitzenden: der bisherige Stellvertreter Herr Grottrian, dessen Erklärung über die Annahme der Wahl, weil derselbe heute abwesend ist, in der nächsten Sitzung gewärtigt wird.

II. Inhalts eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 4. d. Mts. hat die Armen-Verwaltung eine Forderung gegen den Nachlaß eines unverhehlchten Carl Ludwig Julius Pfeiffer wegen verabreichter Unterstützungen im Betrage von 491  $\text{fl}$

7 *gg* gehabt, welche bis auf die Summe von 187 *fl* 19 *gg* 4 *q* getilgt worden ist, weil damals, vor 20 Jahren und darüber, ein größerer Fonds in dem Pfeiffer'schen Nachlasse nicht vorhanden oder wenigstens nicht erforscht war. Letztthin hat sich aber herausgestellt, daß der Pfeiffer noch ein kleines Capital von 50 *fl* besessen, über welches derselbe zu Gunsten seines schon damals abwesenden und bis jetzt nicht ermittelten Halbbruders, Namens Klinge, Verfügung getroffen hat. Dieses Capital ist von dem im Jahre 1833 verstorbenen Pfeiffer einer Wittwe Nischbieter zur demnächstigen Behändigung an seinen genannten Halbbruder übergeben, von dieser einstweilen bei Herzoglichem Leihhause zinsbar belegt und vor Kurzem von dem neu bestellten Pfeiffer'schen Nachlaß-Curator, Particulier Nischbieter, sammt den rückständigen Zinsen erhoben. Dem Anspruche der Armen-Direction auf diese Nachlaß-Summe wegen der der Armen-Verwaltung noch verbliebenen Forderung glaubt der Nachlaß-Curator nicht freiwillig gerecht werden zu dürfen und würde daher die Armen-Direction zur weiteren Verfolgung jenes Anspruchs gerichtliche Klage gegen den Nachlaß-Curator erheben müssen.

Daß von einem Rechtsverständigen eingezogene Gutachten verspricht dem desfalligen Prozesse einen günstigen Verlauf und Erfolg und beantragt deshalb der Stadt-Magistrat:

»Die Versammlung möge zur Anstellung eines Processes Seitens der Armen-Direction gegen den Pfeiffer'schen Nachlaß-Curator die Zustimmung ertheilen.«

Das obige Sachverhältniß, von dem Herrn Häusler als Referenten der Statuten-Commission mitgetheilt, wird durch die für und wider sprechenden Rechtsgründe erläutert und geht die Ansicht der Commission dahin, daß die Anstellung des Processes von der Versammlung zu genehmigen sein werde, obwohl es im Interesse beider Parteien zur Ersparung von Kosten angemessener sein würde, ein Uebereinkommen dahin zu treffen, daß vorbehältlich der einstweilen hinauszuschiebenden Proceßerhebung der Pfeiffer'sche Nachlaß von dem Curator der Armen-Direction auf Grund deren im Uebrigen anerkannten Forderung unter der Verpflichtung zur eventuellen Restitution überwiesen werde.

Dem Antrage der Commission gemäß ertheilt die Versammlung:

»die Zustimmung zur Anstellung eines Processes Seitens der Armen-Direction gegen den Pfeiffer'schen Nachlaß-Curator, wenn nicht vorerst in vorgedachter Weise eine Einigung zu erreichen sein würde.

III. Der in der Sitzung vom 19. November v. J. festgestellte Statut-Entwurf über die Zahl und Art der städtischen Beamten u. s. w. hat nach dem Referate des Herrn Vorsitzenden Namens der Statuten-Commission, Seitens Herzoglichen Staats-Ministeriums rücksichtlich des §. 4, die Wahl und Anstellung eines Stadtsecretairs betreffend, Beanstandung gefunden, welche durch eine vom Stadt-Magistrate in Vorschlag gebrachte Modification jenes Paragraphen gehoben ist. Diese Modification besteht darin, daß der §. 4 in nachfolgender Norm und Ausdrucksweise gehalten werden solle:

»Zur Aushilfe bei den Geschäften des Stadt-Magistrats kann ein Stadt-Secretair als Hilfsbeamter angestellt werden, dessen Wahl nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 122 der revidirten Städte-Ordnung erfolge;«



und ist vom Stadt-Magistrate für dieselbe auch die Zustimmung der Versammlung beantragt.

Die Statuten-Commission hält diese Modification für unbedenklich und giebt der Versammlung anheim, dieselbe zu genehmigen.

Die Genehmigung wird durch Beschluß der Versammlung ausgesprochen.

Für die weitem Verhandlungen, welche Gesuche um Erlass der Gemeinde- und Armen-Steuer und Reclamationen gegen dieselbe, sowie Gesuche um Zulassung zum Gewerbebetriebe und um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt betreffen, constituiert sich die Versammlung zu einer vertraulichen Sitzung, welche nach Beendigung jener Verhandlungen von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen wird.

**N<sup>o</sup>. 2.**

Sitzung am 15. April 1858.

**1858.**

In der auf heute von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich anberaumten Sitzung ist die Versammlung nicht in der beschlußfähigen Zahl ihrer Mitglieder erschienen und haben deshalb Verhandlungen nicht stattfinden können.

**N<sup>o</sup>. 3.**

(Fortsetzung der Beilage zum 105. Stücke der  
Braunschweigischen Anzeigen.)

**1858.**

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 22. April 1858.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protokoll der Sitzung am 18. Februar d. J. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Fabricius und Uhde wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen; doch wird nach Mittheilung des Herrn Vorsitzenden Herr Uhde etwas später noch zur Sitzung erscheinen.

Das Schreiben des Stadt-Magistrats, die Gasangelegenheit betreffend, wird von dem Herrn Vorsitzenden der zuständigen Commission überwiesen.

I. In einem Schreiben vom 14. v. Mts. bespricht der Stadt-Magistrat die Neupflasterung der Straßenzüge:

- a. von der Gieseler Wasserkunst durch die Südstraße bis zum Bankplatze, und
- b. von der Südstraße durch die Knochenhauerstraße und Steinstraße ebenfalls bis zum Bankplatze.

Der Stadt-Magistrat erklärt sich nach Maßgabe eines Plans des Kreisbau-meisters Götte, dem ein Kostenanschlag des Bauconducteurs Uhlmann über unterirdische Canäle beigelegt ist, dafür:

daß in der Südstraße, weil die Beseitigung der offenen Gassen gerade in dieser Straße wegen deren Enge und großer Frequenz sehr angemessen sein dürfte, ein unterirdischer Canal angelegt und dieselbe mit rechtwinkligen Gabbrosteinen gepflastert werde;

daß in der Knochenhauerstraße und in der Steinstraße die polygonischen Gabbrosteine zum Pflaster verwendet werden, und

daß die Trottoirs in der Südstraße und Steinstraße mit Bordquadersteinen versehen werden.

Die Kosten dieser Anlagen und Pflasterungen belaufen sich nach den Vorschlägen auf 8946  $\text{R}$  23  $\text{g}$  3  $\text{A}$ , würden allerdings aber um 1600  $\text{R}$  geringer ausfallen, wenn die Herstellung des unterirdischen Canals in der Südstraße unterlassen würde.

Der Antrag des Stadt-Magistrats, die Ausführung der Neupflasterung der bezeichneten Straßenzüge in der obigen Weise, insbesondere mit Anlegung des unterirdischen Canals zu genehmigen, wird von Herrn Grass, Namens der Baucommission, zur Annahme empfohlen.

Auf eine hieran geknüpfte Frage des Herrn Grass, ob und in welcher Art die beabsichtigte Verbreiterung der Südstraße bereits entschieden sei, erwidert Herr Oberbürgermeister Caspari, daß Herzogliches Staats-Ministerium den Vorschlag der Herzoglichen Bau-Direction gebilligt, jedoch auf weitere Vorstellung genehmigt habe, die definitive Entscheidung von einer Besichtigung des Terrains unter Zuziehung des Kreisbaumeisters Götter abhängig sein zu lassen; diese Besichtigung, von welcher auch die Bau-Commission benachrichtigt werden würde, habe Umstände halber noch nicht vorgenommen werden können.

Herr Grass bemerkt dazu noch, daß die geringere oder größere Verbreiterung der Südstraße auf die Kosten der Neupflasterung einen nicht erheblichen Einfluß haben werde.

Herr Nieß spricht sich gegen eine derzeitige Ausführung der projectirten Neupflasterung aus, da ja in Aussicht stehe, daß bald die neue Wasserleitung werde in Angriff genommen werden, alsdann das Straßenpflaster wieder aufgerissen werden müsse und daraus abermalige Belästigungen und Kosten erwachsen würden. Um also insbesondere Kosten zu ersparen, möge die Neupflasterung bis nach Legung der Wasserrohren ausgesetzt bleiben. Ferner sei die Anlegung unterirdischer Canäle überhaupt nicht zu empfehlen, da dieselben, wie auch die Erfahrung in Dresden gelehrt habe, stärkere Ausdünstungen verursachten, als offene Gassen, zumal wenn solche ähnlich wie am Bankplatze hergestellt und vermittelt der demnächstigen Wasserleitung rein erhalten würden.

Herr Aronheim wünscht jede Verzögerung der projectirten Neupflasterung vermieden zu sehen, da dem sehr lebhaften Verkehre, soviel namentlich die Südstraße betrifft, möglichst bald Erleichterung verschafft werden müsse und damit nicht bis zur Vollendung der Wasserleitung gewartet werden dürfe, und erblickt auch in der Anlegung des unterirdischen Canals in der Südstraße ein Mittel, die dortige Passage freier und ungehinderter zu machen, als solches bei dem Vorhandensein der sonst nöthigen Gassen der Fall sein würde.

In ähnlicher Weise äußert sich auch Herr Oberbürgermeister Caspari sowohl über die baldthunlichste Neupflasterung in den bezeichneten Straßenzügen, als rüch-sichtlich der Anlegung eines unterirdischen Canals in der Südstraße. Ohne einen solchen Canal könnten die Gassen in der letztern Straße nicht wohl so eingerichtet werden, wie am Bankplatze geschehen sei, da dieselben eine zu große Menge Wassers von den umliegenden Stadttheilen aufnehmen müßten, dessen rasche Abführung nur durch einen unterirdischen Canal bewerkstelligt werden könnte, während die sonst er-

forderlichen tiefern Gassen dem lebhaften Verkehre in der Südstraße Eintrag thun würden. Nicht gerathen und angemessen erscheine es übrigens, die Ausführung dieser und der Pflasterungs-Arbeiten bis zur Herstellung der projectirten neuen Wasserleitung hinauszuschieben; denn, so wünschenswerth es auch sei, daß diese bald in Angriff genommen werde, so werde darüber doch noch eine längere, unbestimmbare Zeit vergehen, als daß bis dahin die Südstraße in ihrem jetzigen Zustande gelassen werden dürfe, gleichwie auch andere nothwendige Neupflasterungen deshalb nicht auszufügen seien. Die aus der demnächstigen Anlegung der Wasserleitung erwachsenden neuen Kosten rücksichtlich der Straßenpflasterung seien immerhin nicht so erheblich, nachdem einmal das Material, die Steine, angeschafft worden, insofern diese wieder gebraucht werden könnten und nur der Arbeitslohn in Rechnung komme.

Von den Herren Lissebon und Helfft wird ebenfalls die baldigste Ausführung der beabsichtigten Neupflasterungen befürwortet und lenkt der letztere dabei noch die Aufmerksamkeit auf den Erwerb des Hauses N 1 am Wilhelmthore, Ecke der Südstraße, um durch die Hinwegnahme desselben die Einfahrt in diese Straße zu verbreitern und zu verbessern.

Herr Kahler drückt den Wunsch aus, daß die Neupflasterung auch auf die Gildenstraße bis zur Petersilienstraße und auf diese selbst erstreckt werden möge, da diese Straßenzüge schon jetzt für den Verkehr stark benutzt seien; dagegen wenden indessen die Herren Grass und Oberbürgermeister Caspari ein, daß einestheils die gegenwärtige Vorlage des Stadt-Magistrats eine engere Grenze für die heutige Berathung ziehe und andernteils die größere Ausdehnung der Neupflasterungen einen bedeutend höhern Kostenaufwand veranlasse, für welchen zur Zeit nicht die nöthigen Geldmittel vorlägen, selbst wenn die ohnehin schwer zu erlangenden Pflastersteine anzuschaffen wären.

Die Proposition des Stadt-Magistrats wird durch Beschluß der Versammlung genehmigt und angenommen.

II. In Bezug auf einige andere Schreiben des Stadt-Magistrats erstattet Namens der Finanz-Commission Herr Fudel der Versammlung Bericht:

1) In dem Schreiben vom 19. Januar d. J. empfiehlt der Stadt-Magistrat, die durch eine Bekanntmachung des Herzoglichen Finanz-Collegiums dargebotene Gelegenheit zur Umwandlung der Goldobligationen in Courant auch für die hiesige Stadt zu benutzen; in Landes-Schuldverschreibungen sind belegt für die Stadt-Casse 3000  $\text{fl}$  in drei und 6700  $\text{fl}$  in 67 Obligationen in Golde zu 3 Procent, die erstern je über 1000  $\text{fl}$ , die letztern je über 100  $\text{fl}$  lautend, und für die Armen-Casse 2050  $\text{fl}$  in 3½-procentigen und 47100  $\text{fl}$  in 3procentigen Obligationen in Golde; das Aufgeld wird gezahlt werden für die größern Stücke mit 10 Procent in Landes-Schuldverschreibungen zum Nominalwerthe und für die kleinern Stücke mit 9 Procent in baarem Gelde; —

Sodann giebt der Stadt-Magistrat in demselben Schreiben anheim, zu genehmigen, daß zur Vereinfachung des Rechnungswesens auch die übrigen Forderungen und Verbindlichkeiten jener beiden Cassen in Golde beseitigt werden, daß insbesondere eine Hypothekforderung der Stadt-Casse an dem Hause N ass. 829 an der Echternstraße im Betrage von 400  $\text{fl}$  in Golde und eine Forderung der Armen-Casse an die Stadt-Casse im Betrage von 1500  $\text{fl}$  in Golde in Courant umgewandelt werde, und zwar in der Weise, daß dem Eigenthümer jenes verpfändeten Hauses die Auflage



ertheilt werde, entweder das Aufgeld auf das Capital mit 40  $\text{fl}$  zu entrichten, oder sich als Schuldner eines Capitals von 440  $\text{fl}$  in Courant zu bekennen, oder das Capital überhaupt zurückzuzahlen, und daß die Stadt-Casse angewiesen werde, der Armen-Casse auf das schuldige Capital der 1500  $\text{fl}$  in Golde das Aufgeld mit 150  $\text{fl}$  zu vergüten.

In Uebereinstimmung mit diesen Propositionen wird von der Commission beantragt:

- a. zu genehmigen, daß die Umwandlung der Goldobligationen der Stadt-Casse und der Armen-Casse in Courant ausgeführt werde;
- b. dabei jedoch zu beschließen, daß die Summe von 603  $\text{fl}$ , welche aus der Baarzahlung des Aufgeldes zu 9 Procent auf die 67 Obligationen der Stadt-Casse sich ergebe, in 4procentigen zum Nominalwerthe zu erlangenden Landes-Schuldverschreibungen angelegt werde;
- c. mit der Umwandlung der 400  $\text{fl}$  in Golde und der 1500  $\text{fl}$  in Golde in Courant in der vorgeschlagenen Weise sich einverstanden zu erklären.

Dem Antrage der Commission entsprechend erfolgt Seitens der Versammlung die Zustimmung zu den vorstehenden drei Punkten.

2) Die Gemeindefchullehrer Winkelmann und Schwanenberg haben laut Schreibens des Stadt-Magistrats vom 2. v. Mts. um eine außerordentliche Unterstützung nachgesucht, da sie insbesondere durch Krankheitsfälle in eine bedrängte Lage gerathen seien. Nach dem von der Commission befürworteten Antrage des Stadt-Magistrats beschließt die Versammlung, dem Winkelmann eine Unterstützung von 30  $\text{fl}$  und dem Schwanenberg eine solche von 20  $\text{fl}$  aus der Gemeindefchul-Casse zu gewähren.

3) Die Wittve des pensionirt gewesenen Rechnungsführers der Armen-Casse, des Hofregistrators Engel, welcher am 16. v. Mts. verstorben ist, wird auf Antrag des Stadt-Magistrats laut Schreibens vom 12. v. Mts., welchen auch die Commission unterstützt, der nachgesuchte Pensionsbezug noch für zwei Gnadenmonate von der Versammlung bewilligt.

4) In Folge eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 14. d. Mts. wird nach Maßgabe des Statuts vom 28. Februar d. J., die Zusammensetzung des Stadt-Magistrats u. betreffend, auf Antrag der Commission, der Gehalt des Stadt-Cassen-Controleurs Quenstedt vom 1. künftigen Monats an auf 300  $\text{fl}$  durch Beschluß der Versammlung erhöht.

Der Herr Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung und geht die Versammlung zu den weitern vertraulichen Verhandlungen über, welche sich namentlich auf Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt beziehen.

(Beilage zum 154. Stücke der Braunschw. Anzeigen).

**№ 4.** (Fortsetzung der Beilage zum 105. Stücke der Braunschweigischen Anzeigen.) **1858.**

**Verhandlungen**

**Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig**

**am 3. Juni 1858.**

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung am 22. April d. J., soweit dasselbe die öffentlichen Verhandlungen betrifft, wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Die Abwesenheit der Herren Fabricius, Warrentropp, Kellner und Löffbecke wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Der Herr Vorsitzende macht der Versammlung auf Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 21. v. Mts. bekannt, daß in einer der nächsten Sitzungen zwei Mitglieder dieser Versammlung zu den im August d. J. stattfindenden Militär-Aushebungsterminen zu wählen sein würden.

Auf Grund einer andern Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 29. v. Mts. wird auf Vortrag des Herrn Vorsitzenden zur Uebersiedelung des Schneidergesellen Heinrich Elias Hoffmeister, von hier, welcher wegen dissoluten Lebenswandels in die Herzogl. Besserungs- und Arbeits-Anstalt zu Bevern aufgenommen ist, nach Amerika ein Zuschuß bis zu 25  $\mathfrak{g}$  aus der Stadt-Casse von der Versammlung bewilligt.

Zur Tagesordnung übergehend, fordert der Herr Vorsitzende die betreffende Commission auf, der Versammlung über etwaige Aenderungen des Contracts mit der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft Bericht zu erstatten.

Namens dieser in der Sitzung am 30. Julius v. J. gewählten Commission nimmt Herr Cronheim, als Referent, das Wort und verliest derselbe, nachdem er den zeitherigen Verlauf der Sache aus den frühern Verhandlungen in den Sitzungen am 30. Julius und 29. October v. J. mitgetheilt hat, zunächst das neueste Schreiben des Stadt-Magistrats vom 15. April d. J. und das diesem beigefügte Schreiben der Direction der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft vom 8. desselben Monats, welches erstere die mittelbare Veranlassung zu den heutigen weitem Verhandlungen gegeben hat.

In dem eben gedachten an den Stadt-Magistrat gerichteten Schreiben erklärt die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft, daß sie den Preis des Gases für die Privatconsumenten nicht unter 5  $\text{ß}$  herabsetzen könne, da sie, geleitet durch ein Gutachten des Directors der Gasfabrik zu Grefeld, Namens Schiele, zur Fabrikation eines andern, als des sogenannten Patentgases, nicht übergehen werde, die Kosten der Anfertigung dieses Patentgases aber sehr bedeutend seien und nach dem Schiele'schen Gutachten noch mehr Verwendungen auf die Gasfabrik gemacht werden müßten. Die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft verspricht, die dadurch bedingten Verbesserungen der Beleuchtung vorzunehmen, sobald die Differenzen mit der hiesigen Stadt vollständig erledigt sein würden, macht hiervon auch die dießseitig geforderte Abänderung der Statuten rückfichtlich der Vertretung der hiesigen Stadt durch ein Mitglied des Stadt-Magistrats in der Direction selbst abhängig und hofft, daß alsdann auch eine Vereinbarung über die Modificationen des Contracts namentlich rückfichtlich der Controle der Leuchtkraft des Gases leicht zu erreichen sein dürfte.

Der Stadt-Magistrat hat sich mit diesen Zusagen der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft im Allgemeinen einverstanden erklärt, insofern auf den Inhalt seines frühern Schreibens vom 31. August v. J. Bezug genommen und noch mitgetheilt, daß der Apotheker Dr. Herzog die Controle über die Leuchtkraft des Gases übernommen und wenigstens im Monate März d. J. eine durchschnittliche Leuchtkraft von 19,40 Lichtstärken für 4 Cubikfuß Gas gefunden habe, mithin eine nicht geringere, als die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft contractlich zu liefern verpflichtet sei.

Der Herr Referent bemerkt zu diesen Schreiben, daß in denselben das Hauptgewicht auf das Schiele'sche Gutachten gelegt zu sein scheine, daß aber dieses Gutachten von Seiten der Commission, obwohl dasselbe dem Herrn Ude confidencieell zur Kenntniß gebracht sei, als Stützpunkt für ihren Bericht nicht habe benutzt werden können.

Von der Commission wird beantragt:

»die Proposition des Stadt-Magistrats abzulehnen,

und zur Motivirung Folgendes vorzutragen:

Die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft stelle sich offenbar nicht auf den richtigen Standpunkt, wenn sie jetzt nur wieder verspreche, die nöthigen Verbesserungen mit der Gasfabrik vorzunehmen, um den billigen Anforderungen der städtischen Behörden und des Publikums zu genügen und ihren contractlichen Verpflichtungen thunlichst nachzukommen, während sie, nachdem sie bei Beginn der obschwebenden Verhandlungen habe anerkennen müssen, die Bestimmungen des Contracts wegen der Leuchtkraft des Gases insbesondere den Privatconsumenten gegenüber nicht vollständig erfüllt zu haben, längst schon zur Hebung der desfallsigen Differenzen mit der That habe vorgehen sollen. Dadurch, daß die Gesellschaft die Vornahme jener Verbesserungen, die vorzugsweise in einer Aenderung des der Ausdehnung der Stadt und dem Consume nicht entsprechenden Röhrensystems bestehen, von der Schlichtung der entstandenen Differenzen abhängig mache, nehme sie die Geduld der städtischen Behörden über die Gebühr in Anspruch, da sie die Sache selbst in der Lage gelassen, in welcher solche vor sechs Monaten sich befunden habe.

Soviel die jetzt erfolgte bestimmte Erklärung der Gesellschaft betreffe, von dem Gaspreise zu 5  $\text{fl}$  für 1000 Cubikfuß nicht herunter gehen zu können, so möge zugegeben werden, daß das Licht schön sei und die Beleuchtung der hiesigen Stadt nicht so theuer zu stehen komme, wie in der frühern Zeit; gleichwohl sei die städtische Beleuchtung hier theurer, als in andern Städten, z. B. Hannover, wo sogar die Zahl der Laternen und der Brennstunden größer sei, als hier. Außerdem müsse bestritten werden, daß die Gesellschaft selbst der Stadt gegenüber ihre contractlichen Verbindlichkeiten erfülle, da in den Straßenlaternen zum großen Theile nur kleinere Brenner (N<sup>o</sup> 3), als verabredet worden (Brenner N<sup>o</sup> 4), aufgesteckt seien. Ferner gewähre die jetzt geübte Controle in einem Locale am Egidien-Markte, weil solches nicht zu fern von der Gasanstalt und fast auf dem höchsten Punkte der hiesigen Stadt gelegen sei, mithin nach dort die nöthige Zuflutung von Gas durch Anwendung des erforderlichen Drucks bewirkt werden könne, keine hinlängliche Bürgschaft für die stipulirte Leuchtkraft des Gases auch an den entfernter und niedriger gelegenen Punkten. — Den Privatconsumenten dagegen seien aus der Feststellung des Gaspreises auf 5  $\text{fl}$  für 1000 Cubikfuß kaum Vortheile erwachsen, da es sich nach vielfachen Erkundigungen ergeben habe, daß dieselben das Gas eben so theuer bezahlten, wie wenn es ihnen zu  $8\frac{1}{2}$   $\text{fl}$  angerechnet würde, vorausgesetzt nämlich, daß alsdann die Gesellschaft das Gas so liefere, wie es nach dem Contracte gefordert werden könne. Insofern es aber der Gesellschaft unmöglich sei, dieser Forderung zu entsprechen, liege es in dem Verufe der städtischen Behörden, durch ein anderweitiges Uebereinkommen mit der Gesellschaft die Interessen auch der Privatconsumenten zu vertreten und zu wahren. Im Hinblick auf andere Städte, z. B. Bremen, woselbst den Privaten das sogenannte Patentgas zu 4  $\text{fl}$  Gold geliefert werde und dabei noch ein Ueberschuß für die Unternehmer sich herausstelle, dürfe auch hier eine größere Preismäßigung gefordert werden, zumal solche zu Gunsten der Gesellschaft eine Vermehrung des Consums in Aussicht stelle.

Die Commission sei aber bei dem Antrage auf Ablehnung der Proposition des Stadt-Magistrats nicht stehen geblieben, sondern habe es auf Seiten der städtischen Behörden für nothwendig erachtet, der Gesellschaft gegenüber positive Forderungen



aufzustellen, um Anhaltspunkte darzubieten, welche einer weiteren Verhandlung mit der Gesellschaft zur Grundlage dienen könnten. Jene Forderungen hätten auch noch die Einführung einer dem Contracte und dessen Nachtrage entsprechenden Controle rücksichtlich der Leuchtkraft des Gases zum Zwecke, deren Resultate der Stadt und den Privaten die Möglichkeit gewährten, Ansprüche auf Entschädigung gegen die Gesellschaft geltend zu machen.

Hiernach lautet der Commissions-Antrag vollständig:

»die Versammlung wolle

- 1) die Proposition des Stadt-Magistrats ablehnen;
- 2) an den Stadt-Magistrat das Ersuchen richten, binnen vier Wochen die nach dem Contracte mit der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft, resp. nach dessen Nachtrage erforderliche Controle ins Werk zu setzen;
- 3) bei Mittheilung dieser Beschlüsse andeuten, daß ein Eingehen auf Vorschläge der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft wahrscheinlich sei, wenn in solchen Vorschlägen folgende Punkte berücksichtigt würden:
  - a. Herabsetzung des Gaspreises, und zwar unwiderruflich auf 4  $\text{§}$  für 1000 Kubikfuß,
  - b. Ermäßigung dieses Preises nach Verhältniß des zunehmenden Consums — Aufstellung des Maßstabes vorbehaltlich —
  - c. Anwendung von Brennern N<sup>o</sup> 4 in den Straßenlaternen, sofern nicht durch die städtischen Behörden eine Abweichung in einzelnen Fällen gestattet wird,
  - d. Einrichtung einer leicht ausführbaren, die Entschädigung der Stadt und der Privaten sichernden Controle an einem zu diesem Zwecke geeigneten Orte der Stadt,
  - e. Bekanntmachung der Controle-Ergebnisse in geeigneten Zeitabschnitten,
  - f. Aenderung der Statuten der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft in Betreff der Vertretung des Stadt-Magistrats in der Direction.

Herr Uhde ist bezüglich eines Punktes dieses Antrages mit der Commission nicht im Einverständnisse gewesen:

Die an die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft gestellte Forderung der Herabsetzung des Gaspreises auf 4  $\text{§}$  für 1000 Kubikfuß sei unter den augenblicklichen Verhältnissen, da die Beleuchtung des Bahnhofes durch die Gesellschaft aufgehört und der Consum der Privaten nicht wesentlich zugenommen habe, nach dem Schiele'schen Gutachten ein bedeutender Kostenaufwand zur Aenderung des Röhrensystems, Einrichtung eines Reserve-Gasometers, Vermehrung der Productions-Apparate erforderlich sei, nicht billig, wenn nur sonst eine Ermäßigung des Gaspreises von der Gesellschaft zugestan-

den würde. Dagegen sei es allerdings angemessen, für solche Ermäßigung in der Zunahme des Consums einen Maßstab zu finden und dieselbe nicht von der Höhe der Dividende abhängig sein zu lassen, weil die Bestimmung der letztern mehr oder weniger in der Willkür der Gesellschaft liege, die Zunahme des Consums nicht aber in gleichem Verhältnisse die Produktionskosten steigere.

Herr Häusler hält dafür, daß die Vermehrung des Consums wenigstens nicht den alleinigen Maßstab für eine Ermäßigung des Gaspreises abgeben könne, sondern auch die Höhe der Dividende mit in Betracht zu ziehen sein werde, da einige Materialien, namentlich z. B. das Harz, welches über See bezogen werde, mannigfachen Preisschwankungen unterliegen. Am eine solche Combination prüfen zu können, sei die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft zu veranlassen, ihre Preiscalculationen vorzulegen. Es sei zu berücksichtigen, daß die hiesige Stadt bei der Gasanstalt nicht unerheblich mit Capitalien theilhaftig sei und es in ihrem Interesse liege, daß diese Anstalt nicht ihrem Ruine entgegen geführt werde. Daraus rechtfertigte sich der Antrag:

»einen bestimmten Preis, insbesondere von 4  $\text{fl}$  nicht zu benennen, dagegen den Stadt-Magistrat zu ersuchen, das Directorium der Gesellschaft zu einer Vorlegung der bei der Preisberechnung von 5  $\text{fl}$  zu Grunde gelegten Calculationen zu veranlassen.«

Der Herr Vorsitzende schaltet die Bemerkung ein, daß die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft von einer frühzeitigen Erklärung dadurch abgehalten sei, daß sie das Gutachten eines Sachverständigen über den Fabrikbetrieb habe einziehen müssen und solches Gutachten erst vor nicht langer Zeit eingegangen sei. Im Uebrigen befinde sich auch die Versammlung für jetzt nicht in der Lage, die einzelnen von der Commission aufgestellten Anhaltspunkte einer eingehenden Erörterung zu unterziehen, da zunächst zu erwarten sei, welche Erklärungen die Gesellschaft auf die aufgestellten Forderungen abgeben werde. Durch eine Beschlusnahme über den Commissions-Antrag werde daher die Versammlung ungebunden bleiben und später noch andere Bedingungen und Vorschläge berathen und annehmen können.

Herr Oberbürgermeister Caspari läßt es dahin gestellt sein, ob und in wie weit die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft den von der Commission gestellten Forderungen nachzukommen im Stande sein werde, theilt aber der Versammlung mit, daß die nach dem Schiele'schen Gutachten erforderlichen Röhren zur reichlichen Durchführung von Gas bereits bestellt seien und bis zum 1. September d. J. gelegt sein würden.

Herr Helfft äußert sich ausführlicher über die frühern Versuche und Verhandlungen wegen Einführung einer Gasbeleuchtung in hiesiger Stadt, um daran zu erkennen, daß für die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft die Anlegung der Gasfabrik nach damaliger Anschauung ein mehr als gewagtes Unternehmen gewesen sei, und sucht auf diese Weise die Gesellschaft, die durch ihren Ingenieur zu manchen nicht erfüllbaren Verheißungen verleitet sei, gegen Anfechtungen in Schutz zu nehmen. Ihrerseits sei die Gesellschaft, namentlich durch die Preisermäßigung von  $8\frac{1}{3}$  auf  $6\frac{2}{3}$  und jetzt auf 5  $\text{fl}$  für 1000 Kubikfuß dem Publikum thünlichst entgegen gekommen, zumal der

letztere Preis nicht weit von dem Preise für das Patentgas in Bremen, 4  $\text{§}$  in Golde oder 4  $\text{§}$  12  $\text{g}$  in Courant, abweiche, wobei aber noch zu berücksichtigen sei, daß in Bremen die Materialien zur Gasbereitung wohlfeiler sich herausstellten, die Beleuchtung selbst auf ein kleineres Terrain beschränkt sei und ein größerer Luxus getrieben werde. Die Gesellschaft verdiene eine rücksichtsvolle Behandlung und diese möge ihr durch die Annahme der Proposition des Stadt-Magistrats, wie ohne Beeinträchtigung der Interessen der Stadt und des Publikums geschehen könne, von der Versammlung zu Theil werden.

Herr Aronheim erklärt nachträglich die Forderung der Ermäßigung des Gaspreises auf 4  $\text{§}$  daraus, daß nach einer unter Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse, im Vergleiche mit denen in Bremen, aufgestellten Berechnung das hiesige Gas im Gasometer zu höchstens 3  $\text{§}$  die 1000 Kubikfuß herzustellen sein werde und der Gesellschaft danach noch ein Nutzen von 1  $\text{§}$  für 1000 Kubikfuß verbleiben würde.

Nach Schluss der Debatte wird von dem Herrn Vorsitzenden unter der einstweiligen Voraussetzung, daß der Commissions-Antrag angenommen werden würde, der Antrag des Herrn Häusler als Amendement jenes Antrages zur Abstimmung gestellt.

Nach Ablehnung des Häuslerschen Antrages gelangt der Commissions-Antrag in seinem ganzen Zusammenhange zur Abstimmung und wird derselbe von der Versammlung angenommen.

Die an zweiter Stelle auf die Tagesordnung gesetzten Verhandlungen wegen der Mittheilung des Stadt-Magistrats über die bei Beurtheilung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt anzuwendenden Grundsätze bleiben für heute ausgesetzt.

Hierauf constituirt sich die Versammlung zu einer vertraulichen Sitzung, welche mit der Vorlesung und Genehmigung des zweiten Theiles des Sitzungsprotokolls vom 22. April d. J. begonnen wird und in welcher insbesondere Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt zur Berathung und Beschlußnahme gelangen.

**N<sup>o</sup> 5.**

(Fortsetzung der Beilage zum 154. Stücke der  
Braunschweigischen Anzeigen.)

**1858.**

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 24. Junius 1858.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Fabricius, Kellner, Steinmeyer, Grund, Niemeyer, Wangelius und Kahler, wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protocoll der letzten Sitzung, am 3. d. Mts., wird verlesen und von der Versammlung genehmigt:

I. Herr Uhde berichtet Namens der Schul-Commission über eine durch das Schreiben vom 11. d. Mts. gemachte Proposition des Stadt-Magistrats.

Durch das Reglement vom 1. December 1855, die Salairirung der Gemeinde-Schullehrer betreffend, sind die damals vorhandenen 30 Lehrer in sechs Gehalts-Classen gleichmäßig vertheilt und ist eine anderweite Vertheilung vorbehalten, wenn eine Vermehrung des Lehrpersonalis über jene Zahl nothwendig werden sollte. Diese Nothwendigkeit hat sich nach einer Mittheilung des Schulvorstandes jetzt herausgestellt, da die Anstellung zweier neuer ordentlicher Lehrer statt der frühern vier Hilfslehrer erfolgt ist. Um die Zahl der Lehrer in der untersten Gehalts-Classen nicht zu sehr zu vermehren ist von dem Schulvorstande vorgeschlagen, die Zahl der Lehrer in den beiden untersten Classen um je einen zu vergrößern, so daß also, statt bisher fünf, demnächst sechs Lehrer der sechsten und fünften Gehalts-Classen angehören würden. Dem Stadt-Magistrate wird beantragt:

»die Versammlung möge sich mit dieser veränderten Feststellung der Lehrerzahl in den beiden untern Gehalts-Classen einverstanden erklären.«



Die Commission befürwortet diesen Antrag und ist dabei noch von der Idee geleitet, daß, wenn bei einer weiter erforderlichen Vermehrung des Lehrpersonals in ähnlicher Weise bis zur ersten Gehalts-Classe hinauf fortgeschritten würde, um so allmählig wieder zu einer gleichen Anzahl von Lehrern in allen Gehalts-Classen zu gelangen, alsdann das Aufsteigen der jüngern Lehrer in die höhere Gehalts-Classe gefördert werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari giebt zu erkennen, daß gerade dieser Gesichtspunkt vom Stadt-Magistrate ins Auge gefaßt sei und geeignet erscheine, als ein allgemeiner Grundsatz für die Vertheilung der Lehrer in die sechs Gehalts-Classen zur Geltung gebracht zu werden.

Herr Uhde empfiehlt Namens der Schul-Commission der Versammlung:

»nicht bloß der jetzt vorliegenden Proposition des Stadt-Magistrats zuzustimmen, sondern auch als allgemeinen Grundsatz zu genehmigen, daß bei einer weiteren Vermehrung des Lehrpersonals in ähnlicher Weise von der untersten zur obersten Gehalts-Classe hinauf die Lehrer in den sechs Classen möglichst gleichmäßig vertheilt würden, und den Stadt-Magistrat zu ersuchen, nach dieser Regel in Zukunft zu verfahren.«

Von der Versammlung wird dieser Commissions-Antrag durch Beschluß angenommen.

Herr Lüdecke ergreift diese Gelegenheit um

»eine Erhöhung der Lehrergehalte in der untersten Gehalts-Classe von 200  $\text{fl}$  auf 250  $\text{fl}$ «

zu beantragen, indem er darauf hinweist, daß die angehenden Lehrer gemeinlich erst mit dem 30. Lebensjahre zu einer Anstellung gelangen und mit Familie nicht wohl von dem spärlichen Einkommen von 200  $\text{fl}$  existiren könnten und eine Verbesserung der Gehalte allein dazu dienen werde, den städtischen Schulen Lehrkräfte zu erhalten und zu gewinnen.

Der Herr Vorsitzende überweist diesen Antrag, da eine unvorbereitete Berathung desselben nicht zulässig sei, der Schulcommission zu dem Zwecke, um demnächst Bericht zu erstatten, ob die beantragte Gehalts-Erhöhung dem Stadt-Magistrate zu empfehlen sein werde.

II. Aus einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 8. d. Mts. theilt der Herr Vorsitzende Namens der Statuten-Commission der Versammlung mit, daß die Landes-Abgeordneten-Versammlung den Vertrag zwischen der Herzogl. Landes-Regierung und der hiesigen Stadt über verschiedene von der letztern in Anspruch genommene Güter und Gerechtsame und sonstige Vermögens-Verhältnisse derselben zwar genehmigt, jedoch für angemessen gehalten habe, in den Vertrag selbst oder in ein zur Vollziehung des Vertrages aufzunehmendes Protocoll eine Erklärung des Inhalts einzuschalten, daß der Staat gegen Zahlung der in dem Vertrage festgestellten zu verschiedenen Gemeindezwecken zu leistenden Beiträge mit allen weiteren Communal-Beiträgen wegen seiner Besitzungen im Gemeindebezirke verschont bleiben solle. Das Herzogl. Staats-Ministerium hat für einen derartigen Zusatz-Artikel zu dem Vertrage folgende Fassung in Vorschlag gebracht:

»Gegen Erfüllung der in diesem Vertrage übernommenen Leistungen soll der Staat mit allen weiteren Beiträgen zu Gemeindezwecken wegen seiner Besitzungen im Gemeinde-Bezirk der Stadt Braunschweig in der bisher üblich gewesenen Art verschont bleiben und wird zur Erläuterung dieser Bestimmung bemerkt, daß der Staat bisher für die in seinem Besitze befindlichen Gebäude Service und die Straßenpflasterungskosten, wie die übrigen Hauseigenthümer, entrichtet hat;«

gegen welche der Stadt-Magistrat nichts weiter zu erinnern gefunden, als daß auch noch der Beiträge zu den Begebaukosten von den Grundbesitzungen des Staats, als einer demselben bisher obgelegenen und auch künftig verbleibenden Verpflichtung, Erwähnung gethan werden müsse. In Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate giebt die Commission der Versammlung anheim:

»zu dem von dem Herzogl. Staats-Ministerium entworfenen Zusatz-Artikel, vorausgesetzt daß in demselben noch die Zusicherung aufgenommen wird, daß von Seiten des Staates die bisherigen besondern Leistungen, wie namentlich auch für Begebauten, nicht zurückgehalten oder eingezogen werden sollen, die Zustimmung zu ertheilen.«

Die Versammlung ertheilt diese Zustimmung in der dem Commissions-Antrage entsprechenden Auffassung.

III. Ueber den dritten Gegenstand der Tagesordnung, die Verbreiterung des östlichen Theiles des Steinwegs mit Rücksicht auf die Erbauung des neuen Theaters im Herzogl. Garten betreffend, erstattet Namens der Finanz-Commission Herr Grottrian der Versammlung Bericht.

Zunächst verliest der Herr Referent die darauf bezüglichen Mittheilungen des Stadt-Magistrats, namentlich dessen Schreiben vom 22. d. Mts., aus welchem sich folgende Sachlage ergibt:

Die Mittellinie oder Ase des Steinwegs, vom westlichen Ende, d. h. vom Bohlwege an gerechnet, setzt sich nicht in gerader Richtung bis zum Herzogl. Garten fort, sondern bildet von der Mauernstraße an einen stumpfen Winkel, welcher nach der zur Zeit noch beabsichtigten Stellung des Theaters im Herzogl. Garten auf die Mitte dieses Gebäudes auslaufen würde. Eine andere Stellung müßte das Theater bekommen, sollte die Ase des Steinwegs in gerader Fortsetzung die Mitte des Theatergebäudes treffen, in welchem Falle dasselbe schon vom Bohlwege ab zu sehen sein würde, nachdem der östliche Theil des Steinwegs gerade gelegt und verbreitert wäre. Um dies zu erreichen, würde die Hingewnahme der Häuser *N* ass. 1916 und 1917, des jenseit des Okerkanals liegenden Hauses und des Hauses am Schloßgarten erforderlich werden.

Von der Erwägung ausgegangen, daß die Verbreiterung des Steinwegs an jener Stelle nothwendig sei, um den Zugang aus der Stadt zu dem neuen Theater in einer Weise herzustellen, daß dem Publikum in der Benutzung desselben zumal bei starkem Besuche des Theaters keine Gefahr drohe, welche, sollte die Straße in ihrem gegenwärtigen Zustande verbleiben, nur zu leicht eintreten könne, — und außerdem der Stadt zum wesentlichen Vortheile gereiche, indem alsdann das Theater den

Schlusspunkt des Steinwegs bilde und auf diese Weise gewissermaßen in die Stadt hineingezogen würde, hat der Stadt-Magistrat an Herzogl. Staats-Ministerium über diese Angelegenheit berichtet und die Zustimmung erlangt, daß das Theater auf die gerade Aue des Steinwegs gestellt und die Passage am östlichen Ende dieser Straße durch Hinwegnahme der andern in den Weg tretenden Häuser und insbesondere durch Verbreiterung der Brücke auf Kosten des Staats erweitert werden solle, wenn von Seiten der Stadt die beiden Häuser *N* ass. 1916 und 1917 a. in die Fluchtlinie der auf der Nordseite des Steinwegs befindlichen Häuser zurückgerückt würden.

Die Ausführung dieses Plans wird für die Stadt mit nicht unbedeutenden Kosten verbunden sein, da jene beiden Häuser angekauft werden müssen. Es ist vorläufig schon von dem Stadt-Magistrate ein Contract mit dem vormaligen Porcellanhändler Steinhoff hieselbst, welcher sich erboten hat, die von der Stadt angekauften Häuser für die Summe von 12000  $\text{fl}$  zum Abbruche und zum Neubau in entsprechender Weise zu übernehmen, abgeschlossen, nach welchem dem Steinhoff die Zusicherung eines Restaurations-Betriebes in der untern Etage des neu erbauten Hauses und einer Entschädigung von 6000  $\text{fl}$ , falls der Bau des neuen Theaters nicht bis zum 1. Juli 1864 vollendet sein würde, gemacht ist und derselbe sich verpflichtet hat, das Kaufgeld zu 12000  $\text{fl}$  bei Uebergabe der Häuser zu Ostern 1860 zu bezahlen und für die Erfüllung seiner Obliegenheiten eine Caution von 6500  $\text{fl}$  zu bestellen. Das Herzogl. Staats-Ministerium hat auf weitem Bericht des Stadt-Magistrats unter Genehmigung des mit dem Steinhoff abgeschlossenen Contracts der Stadt die für den Ankauf der beiden Häuser *N* ass. 1916 und 1917 a. aufzuwendende Summe aus Herzogl. Leihhaus-Casse darlehnsweise zu 3 Procent zugestanden und die Zurückzahlung dieses Darlehns in der Weise gebilligt, daß zu Ostern 1860 die von dem Steinhoff zu zahlenden 12000  $\text{fl}$  und auf die nach Abrechnung dieser 12000  $\text{fl}$  verbleibende Darlehnssumme in den Jahren 1859, 1860 und 1861 je ein Drittel abgetragen werden, auch die dem Steinhoff zugesicherte Entschädigung der 6000  $\text{fl}$  wegen der Nichtvollendung des Theaters bis zum 1. Juli 1864 übernommen.

Rücksichtlich des Ankaufs der beiden Häuser Seitens der Stadt würde nach Ansicht des Stadt-Magistrats zu versuchen sein, dieselben von den Eigenthümern im Wege der gütlichen Vereinbarung käuflich zu erlangen; sollten aber die desfallsigen Forderungen allzuhoch hinausgehen, so würde die gesetzlich zulässige und vom Herzoglichen Staats-Ministerium für solchen Fall bereits im Voraus genehmigte Expropriation zur Anwendung zu bringen sein. Die Rückzahlung des Darlehns an Herzogliche Leihhaus-Casse würde ohne Vermehrung der Gemeinde- und Armen-Steuer geschehen können, wenn einstweilen die Abtragung anderer Schulden der Stadt ausgesetzt wird.

Der Stadt-Magistrat stellt hiernach folgende Anträge an die Versammlung:

- 1) den Stadt-Magistrat zu ermächtigen, die sub *N* ass. 1916 und 1917 a. am Steinwege belegenen Häuser von den Eigenthümern im Wege der gütlichen Vereinbarung oder, im Fall deren Forderungen zu hoch sein sollten, im Wege der Expropriation für die Stadt zu erwerben, und demselben in Gemeinschaft mit der städtischen Bau-Deputation und dem Stadtbaumeister Tappe die Frage zur Beurtheilung zu überlassen, ob die von den Hauseigenthümern geforderten Kaufpreise angemessen seien.

- 2) zum definitiven Abschlusse des mit dem Porcellanhändler Steinhoff verabredeten Vertrages die Zustimmung zu erteilen; und
- 3) den Stadt-Magistrat zu autorisiren, vom Herzoglichen Leihhause behuf Bezahlung der Kaufgeider für die fraglichen Häuser das nöthige Capital gegen Verzinsung mit drei Procent anzuleihen und darüber ein Schulddocument auszustellen, in welchem die Zusicherung ertheilt wird, daß auf das angeliehene Capital zu Ostern 1860 die von dem Steinhoff zu zahlende Summe von 12000  $\text{R}$ , auf den Rest aber in den Jahren 1859, 1860 und 1861 je ein Drittel Seitens der Stadt berichtigt werden solle.

Die Finanz-Commission erkennt es als eine Nothwendigkeit an, daß der Zugang zu dem neuen Theater vom Steinwege ab in angemessener Weise verbreitert, legt dabei aber auch Gewicht auf die ästhetische Rücksicht daß das Theater auf die Aue des Steinweges gestellt, aus dem Innern der Stadt sichtbar gemacht und gewissermaßen in die Stadt hineingezogen werde. Jene Nothwendigkeit erscheine aber so überwiegend, daß voraussichtlich, wenn jetzt von Seiten der Stadt nicht freiwillig etwas für die Erweiterung des Steinweges geschehe, bald nach Vollendung des Theaters sich heraus stellen werde, daß die dortige Passage zu beengt und für das Publicum gefahrdrohend sei und die unabwendbare Forderung erhoben werden müsse, den Zugang zum Theater zu erweitern.

Wenn demnächst einer solchen Forderung nicht ausgewichen werden könne, das Theatergebäude inzwischen aber nicht auf die gerade Aue des Steinweges gestellt sei, so bleibe jedenfalls unerreicht, was jetzt zur wesentlichen Verschönerung der Stadt noch erreicht werden könne. Das wohlverstandene Interesse der Stadt verlange daher, daß sofort ein Opfer gebracht werde, um der Nothwendigkeit und der Aesthetik Rechnung zu tragen und da zum Bau eines Theaters aus Staatsmitteln eine Summe von 470000  $\text{R}$  verwilligt sei, ohne dafür die hiesige Stadt, welche den nächsten Vortheil von einem Theater habe, in Anspruch zu nehmen, so dürfe ein solches Opfer um so weniger zurückgehalten werden. So gar groß erscheine dasselbe nicht einmal unter den Verhältnissen, welche für den Ankauf der beiden Häuser sub *N* ass. 1916 u. 1917 a. und die weitere Verfügung über dieselben obwalteten. Vor Allem möge übrigens versucht werden, die Eigenthümer jener Häuser im Wege der gütlichen Vereinbarung zu einer Abtretung derselben zu bestimmen; sollten aber deren Forderungen übermäßig und deshalb unbillig sein, so sei eine Expropriation ebenso nach dem Gesetze, materiell als, nach der Genehmigung des Herzoglichen Staats-Ministeriums, formell zulässig und ausführbar. In Bezug auf die Anträge des Stadt-Magistrats, welche die Commission der Versammlung zur Annahme empfehle, sei nur die eine Frage entstanden, ob nicht die Uebnahme der Häuser Seitens der Stadt bis Ostern 1860 hinausgeschoben werden könne, und gebe die Commission anheim, diesen Punkt dem Stadt-Magistrate zur weiteren Erwägung zu stellen.

Nach Eröffnung der Debatte bemerkt zunächst Herr Oberbürgermeister Caspari zu der Schlus-Aeußerung der Commission, daß die Uebnahme der Häuser von Seiten der Stadt allerdings erst auf Ostern 1860 verlangt werden würde, wenn eine Acquisition derselben im Wege der gütlichen Vereinbarung zu Stande kommen werde, im andern Falle aber eine frühere Uebnahme nicht abgewendet werden könne.

Herr Aronheim hält es, ohne dadurch im Entferntesten nur einen Mangel an Vertrauen zu erkennen geben zu wollen, für angemessener, für den Ankauf der Häuser



ein Maximum zu bestimmen, um für die Verhandlungen mit den Hauseigenthümern eine festere Grundlage zu gewinnen und ihren Forderungen ein Ziel zu setzen, dessen Ueberschreitung eine Expropriation zur Folge haben würde. In diesem Sinne beantragt der Herr Redner:

»die Versammlung wolle dem Stadt-Magistrate zum Ankaufe der beiden Häuser sub A<sup>ss</sup>. 1916 und 1917<sup>a</sup> die Summe von 27000  $\text{M}$  aus städtischen Mitteln zur Verfügung stellen, um bis zu diesem Preise den Häuserverkauf in rechtsverbindlicher Weise für die Stadt abzuschließen, im andern Falle aber, wenn die Forderungen jene Summe überschreiten sollten, den Stadt-Magistrat zu einer Erwerbung im Wege der Expropriation ermächtigen, wenn demselben nicht etwa vorher eine nochmalige Beschlußnahme der Stadtverordneten-Versammlung zu veranlassen angemessener erscheinen würde.«

Von dem Herrn Rieß wird vorgeschlagen, die Sache für heute zu vertagen und erst nach dem Ergebnisse der Unterhandlungen des Stadt-Magistrats, der Bau-Deputation und des Stadtbaumeisters mit den Hauseigenthümern Beschluß über die Summe zu fassen, welche ohne Anwendung einer Expropriation für die beiden Häuser aus städtischen Mitteln aufgewendet werden könnten und dürften, und hierauf ein besonderer Antrag gestellt.

Die Herren Lissebon, Graß und Haessler sprechen sich für den Kronheim'schen Antrag aus.

Nach dem Schlusse der Debatte fordert der Herr Vorsitzende die Versammlung zur Abstimmung auf, welche, unter einstweiliger Voraussetzung der Zustimmung zu den Propositionen des Stadt-Magistrats, zuerst auf den Antrag des Herrn Kronheim sich beziehen soll, da durch dessen Annahme der Antrag des Herrn Rieß von selbst seine Erledigung finden würde.

Der Antrag des Herrn Kronheim, und ferner die Propositionen des Stadt-Magistrats, die letzteren mit der durch den Kronheim'schen Antrag bedingten Modification, werden von der Versammlung mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Beim Schluss der Sitzung durch den Herren Vorsitzenden wird die Verlesung des Protocolls der nächsten Sitzung vorbehalten.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 5. August 1858.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Bierbaum, Jüdel, Kloss, Lohbecke, Aronheim, Grund und Halle wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protocoll der letzten Sitzung vom 24. Junius d. J. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. Zu den im laufenden Monate stattfindenden Militair-Aushebungs-Terminen, werden durch die Wahl der Versammlung die Herren Denecke und Rischbieter, und für den Fall der Behinderung des Einen oder des Andern, als Stellvertreter Herr Duenstedt deputirt.

II. Nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 17. v. Mts. hat der Vorstand der XX. Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe den Wunsch ausgesprochen, es möge den während der Tage vom 29. dieses bis 4. des folgenden Monats allhier versammelten deutschen Land- und Forstwirthen auch von Seiten der städtischen Behörden ein wohlwollenendes Entgegenkommen dadurch zu erkennen gegeben werden, daß den Mitgliedern der Versammlung der Saal im Altstadt-Rathhause in einer dem Character der Festslichkeiten entsprechenden Decoration und mit abendlicher Beleuchtung als Vereinigungslocal zur Verfügung gestellt und an einem Abende der Festtage eine Illumination der nächsten Umgebung des Rathhauses mit bengalischen Flammen veranlaßt werde. Der Stadt-Magistrat hat jenem Wunsche bereitwillige Berücksichtigung geschenkt und von dem Stadtbaumeister Tappe desfallige nähere Vorschläge gefordert und erhalten, deren Ausführung einen im Einzelnen veranschlagten Kosten-

aufwand von 680  $\text{fl}$  erforderlich machen würde. Da jedoch an diesen Ausgaben in einigen Punkten wird gespart werden können, so giebt der Stadt-Magistrat anheim:

»für die oben angedeuteten Zwecke im Ganzen eine Summe von 500  $\text{fl}$  aus der Stadt-Casse zu verwilligen.

Die Finanz-Commission, vertreten durch Herrn Helfft, nimmt keinen Anstand die beantragte Verwilligung zu befürworten.

Aus der Versammlung wird von Seiten des Herrn Vorsitzenden und der Herren Lissebon, Steinmeyer und Kellner hervorgehoben, daß die städtischen Behörden die nöthigen Geldmittel nicht scheuen dürften, um dem hier sich versammelnden deutschen Land- und Forstwirthen den Aufenthalt in ihrem Vereinigungslocale möglichst angenehm zu machen und zu den sonstigen Festlichkeiten in würdiger Weise beizutragen, und die Ansicht ausgesprochen, daß die Vorschläge des Stadtbaumeisters Tappe nicht zu weit gegriffen sein, daß vielleicht auch andere unvorhergesehene Ausgaben vorkommen möchten, welche noch über die Veranschlagung des Stadtbaumeisters hinausgehen.

In dieser Erwägung beschließt die Versammlung:

»die vom Stadt-Magistrate beantragten 500  $\text{fl}$  aus der Stadt-Casse zu verwilligen, für den Fall aber, daß diese Summe nicht ausreichen sollte, dem Stadt-Magistrate außerdem noch einen Credit bis zu 300  $\text{fl}$  auf die Stadt-Casse zu eröffnen.«

III. Herr Helfft berichtet Namens der Finanz-Commission über ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 31. v. Mts.:

Bei der Inangriffnahme der Baulichkeiten in der Bürgerschule östlichen Bezirks, welche für Einrichtung eines Zeichensaales nothwendig geworden und durch den Etat der Schul-Casse zu der veranschlagten Summe von 2115  $\text{fl}$  bereits genehmigt sind, hat es sich herausgestellt, daß es, um zugleich auch noch andern dringenden Schulzwecken in geeigneter Weise zu genügen, gerathener und angemessener sein werde, ein Nebenhaus des Schul-Gebäudes von Grund aus neu aufzuführen zu lassen. Die Kosten eines solchen Neubaus werden sich nach dem Voranschlage des Stadtbaumeisters Tappe auf etwa 7400  $\text{fl}$  belaufen, könnten aber nach dem Daseinhalten des Stadt-Magistrats dadurch auf einen etwas geringern Betrag zurückgeführt werden, wenn nicht wie projectirt worden, die Umfangs- und Scheide-Wände des Stockwerks zu ebener Erde in massiver Bauart ausgeführt würden. Der Stadt-Magistrat giebt der Versammlung anheim:

»zu dem Neubau des Nebenhauses in der Bürgerschule östlichen Bezirks durch Verwilligung der veranschlagten Baukosten unter Anrechnung der etatmäßigen 2115  $\text{fl}$  und mit der Modification rücksichtlich der projectirten massiven Umfangs- und Scheide-Wände die Genehmigung zu ertheilen«

Die Finanz-Commission erkennt es als sehr wünschenswerth, ja selbst als nothwendig an, daß den Schul-Bedürfnissen durch einen Neubau des Nebenhauses in vollkommener Weise genügt werde, hält es dabei auch für zweckmäßiger, wenn wenigstens die Umfangswände des untern Stockwerks in massiver Bauart ausgeführt würden, und stellt, da der besfallige Kostenunterschied voraussichtlich nur ein geringer sein werde, insoweit einen Antrag:

»auf Genehmigung des projectirten Neubaus und auf Verwilligung der dazu erforderlichen Kosten.«

Von den Herren Steinmeyer und Lisseb on wird der Commissions-Antrag im Allgemeinen unterstützt und von der Versammlung auf den Vorschlag des Herrn Steinmeyer beschloffen:

»die zum Neubau des Nebengebäudes in der Bürgerschule östlichen Bezirks erforderlichen Kosten zu verwilligen, dabei jedoch der weitem Vereinbarung des Stadt-Magistrats mit der Baudeputation anheim zu stellen, ob nicht alle Umfangswände im untern Stockwerke zweckmäßiger massiv herzustellen sein möchten.«

IV. Eine fernere Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 17. v. Mts. ist nach dem Vortrage des Herrn Grotrian, Namens der Finanz-Commission, auf die Pensionirung des Lehrers Brauns an der Bürgerschule östlichen Bezirks gerichtet und handelt es sich dabei, da die Nothwendigkeit der Versetzung des Brauns in Ruhestand außer Frage steht, nur um den Betrag der zu verwilligenden Pension. Der Brauns, um Ostern 1830 als Lehrer angestellt, bezieht einen Gehalt von 350  $\text{R}$  und hat daneben freie mit 30  $\text{R}$  in Anrechnung kommende Wohnung, die derselbe auch ferner noch gern benutzen möchte. Da dem letztern Wunsche bis auf Weiteres stattgegeben werden kann, so beantragt der Stadt-Magistrat:

»dem Brauns vom 1. October d. J. die auf 263  $\text{R}$  14  $\text{g}$  sich berechnende Pension unter einstweiliger Belassung der vom ihm bisher benutzten Wohnung mit 242  $\text{R}$  20  $\text{g}$  zu verwilligen.«

In Uebereinstimmung mit der Finanz-Commission wird dieser Antrag von der Versammlung genehmigt.

V. Schon früher ist wie Herr U h d e Namens der Schul-Commission in Bezug auf ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 23. v. Mts. vorträgt, in dieser Versammlung zur Sprache gekommen, daß der Zeichnen-Unterricht in den oberen Classen der Bürgerschulen als ein organischer Theil des Schulunterrichts in den Lectionsplan aufgenommen werden solle. Der Beginn jenes Unterrichts ist, obgleich der Zeichensaal in der Bürgerschule östlichen Bezirks bis dahin nicht beendet sein wird, vom Schulvorstande auf Michaelis d. J. festgesetzt, und sollten in den beiden ersten Töchter-Classen und in den zweiten und dritten Knaben-Classen je zwei, in den beiden ersten Knaben-Classen aber je 4 Stunden wöchentlich gegeben werden. Der Unterricht ist in den Knaben-Classen dem Zeichnenlehrer Uphenhaut, in den Töchter-Classen dem Zeichenlehrer Ehlers bis auf Weiteres übertragen und wird vom Schul-Vorstande für die Salarirung jener beiden Lehrer eine jährliche Summe von 400  $\text{R}$  gefordert, deren Vertheilung seinem Ermessen vorbehalten bleiben sollte.

Die Schul-Commission erklärt sich mit dem Stadt-Magistrate darüber einverstanden:

»daß dem Schul-Vorstande behuf Bestreitung der Kosten des Zeichnenunterrichts, insbesondere zur Salarirung der Zeichnenlehrer, eine jährliche Summe von 400  $\text{R}$  aus der Schul-Casse von Michaelis d. J. an zur Disposition gestellt werde,«

und wird der darauf gegründete Commissions-Antrag von der Versammlung genehmigt.

VI. Eine andere von dem Schul-Vorstande gestellte und von Herzogl. Consistorium bereits genehmigte Forderung wird durch ein zweites Schreiben des Stadt-Magistrats vom 23. v. Mts. zur Kenntniß der Versammlung gebracht: sie betrifft



die Einrichtung zwei neuer Classen in den beiden Bürgerschulen des östlichen und des westlichen Bezirks, da die untern Knaben- und Mädchen-Classen überfüllt sind. Für die Bürgerschule östlichen Bezirks ist bei dem daselbst beabsichtigten Neubau auf die Anlegung zwei neuer Classen Bedacht genommen und rücksichtlich der Bürgerschule westlichen Bezirks soll durch die Herstellung eines dritten Stockwerks auf einem dort befindlichen Nebengebäude dem Bedürfnisse abgeholfen werden. Durch das Hinzukommen dieser beiden neuen Classen in jeder der beiden Bürgerschulen würde die Classenzahl von fünf auf sechs sich vermehren und ist von dem Schul-Vorstande vorgeschlagen und von dem Herzogl. Consistorium ebenfalls schon genehmigt, daß in den untersten, sechsten Classen, ein Schulgeldssatz von jährlich 4  $\text{fl}$  erhoben werde.

Die von dem Stadt-Magistrate beantragte Zustimmung dazu:

1) daß in den beiden hiesigen Bürgerschulen eine sechste Knaben- und Mädchen-  
 2) Klasse eingerichtet und für den Besuch derselben ein Schulgeld von 4  $\text{fl}$   
 jährlich erhoben, und

2) daß über die zur Einrichtung derselben erforderlichen baulichen Vorrichtungen  
 in den beiden Schulgebäuden ein Kostenanschlag angefertigt und in den  
 nächstjährigen Etat aufgenommen werde,

wird rücksichtlich der baulichen Vorrichtungen in der Bürgerschule westlichen Bezirks,  
 da für die Bürgerschule östlichen Bezirks dieser Punkt bereits durch die Genehmigung des Neubaus seine Erledigung gefunden hat, — und rücksichtlich der Erhebung eines Schulgeldes von 4  $\text{fl}$  jährlich in den untersten Classen, auf die Befürwortung der Schul-Commission, von der Versammlung ertheilt.

Der Herr Referent kommt bei dieser Gelegenheit auf einen Antrag des Stadt-Magistrats zurück, welcher in dessen Schreiben vom 23. v. Mts., wegen der Remuneration der Zeichenlehrer enthalten und auf eine anderweite Normirung des Schulgeldes in den drei obern Classen der Bürgerschulen gerichtet ist. Die Theilnahme an dem Unterrichte im Zeichnen ist bisher eine freiwillige gewesen; die Schüler und Schülerinnen haben dafür an die nicht besoldeten Lehrer ein Unterrichtsgeld von 1  $\text{fl}$  10  $\text{gr}$  jährlich zu zahlen gehabt. Aus der Einreihung des Zeichens-Unterrichts in den Lectiionsplan hat der Schul-Vorstand eine Erhöhung des jährlichen Schulgeldes in den drei obern Classen um je 1  $\text{fl}$  gerechtfertigt, wonach sich das Schulgeld in jenen Classen von 5, 6 und 7  $\text{fl}$  auf 6, 7 und 8  $\text{fl}$  steigern würde. Dieser vom Herzogl. Consistorium genehmigte Vorschlag hat auch beim Stadt-Magistrate Anklang gefunden, da die Kosten der Erweiterung des regelmäßigen Schulunterrichts nicht ohne Weiteres auf die Schul-Casse übernommen werden könnten, die Schulgelds-Erhöhung nicht einmal den bisher für den Zeichnen-Unterricht gezahlten Betrag erreiche und überhaupt das Schulgeld in den hiesigen Bürgerschulen im Vergleiche mit andern mit der hiesigen Stadt vergleichbaren Städten immer noch gering zu nennen sei.

Die Schul-Commission erkennt diese Gründe als zutreffend an und hält deshalb eine mäßige Erhöhung des Schulgeldes für ebenso angemessen als unbedenklich; sie weicht nur von der Proposition des Stadt-Magistrats insoweit ab, als sie zwar an den Schulgeldssätzen in den untersten und obersten Classen zu 4  $\text{fl}$  bezüglich 8  $\text{fl}$  jährlich festhält, bei den dazwischen liegenden vier Classen aber eine Abstufung von je 6  $\text{gr}$  in dem vierteljährlichen Betrage eintreten lassen will. Wegen solcher Modification glaubt die Commission der allseitigen Zustimmung versichert zu sein, weil dadurch eine durchgängige gleichmäßige Abstufung in allen Schulgeldssätzen herbeigeführt und

außerdem die Rechnung bei Erlassgesuchen, bei welchen es sich um die Hälfte oder den dritten Theil des Schulgeldes zu handeln pflege, besser regulirt und vereinfacht werde. Demnach beantragt die Schul-Commission:

»eine Schulgelds-Erhöhung von Michaelis d. J. an in der Weise zu genehmigen, daß der vierteljährliche Schulgelds-Betrag für die sechs Classen der Bürgerschulen auf 1  $\text{fl}$ , 1  $\text{fl}$  6  $\text{gr}$ , 1  $\text{fl}$  12  $\text{gr}$ , 1  $\text{fl}$  18  $\text{gr}$ , 1  $\text{fl}$  24  $\text{gr}$  und 2  $\text{fl}$  festgesetzt werde.«

Herr Nieß erklärt sich überhaupt gegen eine Erhöhung des Schulgeldes in den Bürgerschulen, weil es den Eltern der schulpflichtigen Kinder oft schon schwer genug werde, nur das jetzige Schulgeld aufzubringen. Eine billige Rücksichtnahme auf jene unvernünftigeren Personen und die nothwendige Sorge der Gemeinde für den Unterricht in Kirche und Schule werde es rechtfertigen, die Mehrkosten für die Verbesserung oder Erweiterung des öffentlichen Unterrichts in den Bürgerschulen auf die Schul- oder Stadt-Casse zu übernehmen, wenn nicht etwa unter den zahlspflichtigen Eltern je nach deren Vermögens-Verhältnissen eine Classificirung für ein niedrigeres oder höheres Schulgeld statthaft erscheinen könnte.

Herr Steinmeyer wendet dagegen ein, daß die anderweite Feststellung des Schulgeldes kaum eine Erhöhung desselben zu nennen, sondern nur eine Ausgleichung dafür sei, daß der bisher seitens der Kinder mit größern Unkosten genossene Zeichnen-Unterricht jetzt dem öffentlichen Schulunterrichte als ein organischer Theil hinzugefügt worden; hiermit stimmt auch Herr Niemeyer überein und verweist dabei auf die Nothwendigkeit der Einführung des Zeichnen-Unterrichts in den Bürgerschulen.

Der Herr Vorsitzende hält es nicht für billig und gerecht, das für die Erhaltung der Bürgerschulen die ganze Gemeinde-Genossenschaft allzusehr in Anspruch genommen werde, da diejenigen Eltern deren Kinder, andere hiesige Schulen, die Realschule und die Gymnasien, besuchten, schon ein entsprechend höheres Schulgeld zu zahlen hätten, und denselben nicht auch noch eine zu große Last zu Gunsten der Bürgerschulen aufgebürdet werden dürfte.

Herr Oberbürgermeister Caspari fügt dem noch hinzu, daß die hiesige Stadt schon in den regelmäßigen jährlichen Zuschuß von 4000 bis 5000  $\text{fl}$  zur Erhaltung der Bürgerschulen leiste, welcher durch die Gemeinde-Steuer aufzubringen sei. Auch bei der Waisenhaus-Schule habe es sich als nothwendig erwiesen, das Schulgeld in Etwas zu erhöhen, und sei es wohl gerathen, in dieser Beziehung die Bürgerschulen und die Waisenhaus-Schule gleichzustellen, um nicht durch die Verschiedenheit im Schulgelde einen Zudrang zu der einen oder andern Schule hervorzurufen, weil solcher eine kostspielige Vergrößerung der Schullocalen zur Folge haben würde. Im Uebrigen werden den unvernünftigeren Eltern der die Bürgerschule besuchenden Kinder nach wie vor unter berücksichtigenswerthen Verhältnissen ein Nachlaß am Schulgelde willfährig zugestanden werden.

Es wird hierauf der obige Antrag der Schul-Commission von dem Herrn Vorsitzenden zur Abstimmung gebracht und derselbe von der Versammlung genehmigt.

**VII.** Die hiesigen Gemeindeschullehrer haben nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 27. v. Mts. wiederholt um Gehalts-Verbesserung nachgesucht und dabei insbesondere hervorgehoben, daß sie in ihrem Dienst Einkommen einander insofern nicht gleich genug gestellt seien, als die Einigen unter ihnen zustehende freie Wohnung für die Andern durch eine Miethentschädigung von 30  $\text{fl}$  jährlich nicht hinlänglich

aufgewogen werde. Glaubt auch der Stadt-Magistrat eine eigentliche Gehalts-Verbesserung nicht befürworten zu können, da die Gemeindeschullehrer hier nicht schlechter, als in gleichstehenden Städten anderer Staaten und schon besser als in den übrigen Städten des hiesigen Landes gestellt seien und die finanzielle Lage der hiesigen Stadt in Erwägung gezogen werden müsse, so ist doch anerkannt worden, daß für den Miethpreis von 30  $\text{fl}$  eine passende Wohnung jetzt nicht mehr zu erhalten seien werde. Um daher in dieser Beziehung den Gemeindeschullehrern eine Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen, giebt der Stadt-Magistrat anheim:

»die Miethentschädigung vom ersten Januar k. J. an von 30  $\text{fl}$  auf 50  $\text{fl}$  zu erhöhen,«

wodurch der Stadt-Casse bei der Zahl von 27 eine freie Wohnung nicht benutzenden Lehrern, welche sich von Michaelis k. J. an noch um vier vermehren werde, eine Mehrausgabe von 620  $\text{fl}$  erwachsen würde.

Von der Schul-Commission wird durch deren Referenten, Herrn U h d e, der Antrag des Stadt-Magistrats unterstützt, jedoch für angemessen gehalten, das Reglement über die Gehalts-Verhältnisse der Gemeinde-Schullehrer danach in der Weise umzugestalten, daß die Gehaltsätze durch alle sechs Gehalts-Classen einschließlich der Miethentschädigung um je 50  $\text{fl}$  erhöht und den im Genusse von freien Wohnungen befindlichen Lehrern jene zu 50  $\text{fl}$  angerechnet würden, gleichviel ob sie als Lehrer oder wegen eines andern Dienstes die freien Wohnungen inne haben, so daß die Gehalte demnächst von 250  $\text{fl}$  in der untersten Classe auf 500  $\text{fl}$  in der obersten Classe sich steigern würden.

Hieran knüpft der Herr Referent seine Berichterstattung über den der Schul-Commission in der letzten Sitzung, am 24. Juni d. J., überwiesenen Antrag des Herrn Lübecke:

»auf Erhöhung der Lehrergehalte in der untersten Gehalts-Casse von 200  $\text{fl}$  auf 250  $\text{fl}$ .«

Die Schul-Commission meint diesen Antrag nicht zur Berücksichtigung empfehlen zu können, da durch das vor einigen Jahren festgestellte Reglement über die Gehaltsätze den billigen Anforderungen genügt sei und dasselbe durch die Erhöhung der Miethentschädigung eine weitere das Dienst Einkommen der Lehrer verbessernde Ergänzung gefunden habe. Im Vergleiche mit andern Städten des Landes, woselbst die Remunerirung der Lehrer mit einem Gehalte von 150  $\text{fl}$  und einer Miethentschädigung von 25  $\text{fl}$  beginne und in Zwischenräumen von 5 bis 10 Jahren um 50  $\text{fl}$  sich steigere, befänden sich die hiesigen Lehrer in einer weit günstigeren Lage. Zwar sei das Leben hier ein etwas kostspieligeres, dafür sei aber hier auch mehr Gelegenheit zu Nebenverdiensten geboten, welche ohne Ueberanstrengung der Lehrer leicht auf 100  $\text{fl}$  und darüber sich belaufen könnten. Günstiger sogar als die Lehrer an den höhern Schulen, die durch ein förmliches Universitäts-Studium zu ihrem Lehramte sich vorbereiten und so bedeutende Kosten dafür aufwenden müßten, seien die Gemeindeschullehrer überhaupt gestellt, da jene erst nahe dem 30. Lebensjahre auf eine Anstellung mit einem Gehalte von etwa 300  $\text{fl}$  hoffen könnten, während diese zumal bei dem derzeitigen Mangel an derartigen Lehrkräften fast schon mit dem 20. Lebensjahre zu dem Bezuge eines Gehalts von 200  $\text{fl}$  bis 250  $\text{fl}$  gelangten. Für Personen in solchem Lebensalter, die hier als Gemeinde-Schullehrer Anstellung gefunden hätten,

müsse daher jener Satz der untersten Gehalts-Classe entsprechend und ausreichend genug erscheinen.

Herr Lüdecke erkennt zwar die vom Stadt-Magistrate proponirte Erhöhung der Miethentschädigung an, erklärt jedoch, daß er durch die daraus sich ergebende geringe Zulage von 20  $\text{fl}$  den Zweck seines Antrages nicht erreicht sehe, und wiederholt lehren dahin:

»daß der Gehaltsatz der Gemeinde-Schullehrer in der untersten Gehalts-Classe, abgesehen von der Miethentschädigung, von 200  $\text{fl}$  auf 250  $\text{fl}$  festgestellt werden möge,«

in der Meinung, daß dadurch auch von hier aus schon bei jungen Leuten die Neigung, sich dem Schulfache zu widmen, erweckt und gefördert werden könne. Eine Anstellung als Gemeinde-Schullehrer pflege doch wohl erst in etwas vorgedrückt Jahren, zu einer Zeit zu erfolgen, welche den Wunsch sich zu verheirathen, rechtfertige. Mit einem Gehalte von 200  $\text{fl}$  könne eine angehende Familie nicht auskommen und zu einem Nebenverdienste durch Privatunterricht sei nicht so reichliche Gelegenheit vorhanden, zumal wenn der gewöhnliche Schulunterricht schon ziemlich theuer bezahlt werden müsse.

Herr Oberbürgermeister Caspari macht darauf aufmerksam, daß die Gemeinde-Schullehrer in der untersten Gehalts-Classe nicht 200  $\text{fl}$ , sondern einschließlich der in Anrechnung kommenden Miethentschädigung bisher schon 230  $\text{fl}$  empfangen hätten und in Zukunft 250  $\text{fl}$  empfangen würden. Ein solcher Gehaltsbetrag sei fast höher, als die jenen gleichstehenden Lehrern in andern Städten z. B. Halle, Frankfurt a. d. Oder und Magdeburg, wie die über diese Städte vorbandenen — näher mitgetheilten — Nachrichten bekundeten. Möchten auch die Lehrergehälter gegen das Einkommen aus einzelnen anderen Beschäftigungen etwas zurückstehen, so sei doch auf der andern Seite nicht in Abrede zu stellen, daß den Lehrern viel mehr, als andern fest angestellten Personen Gelegenheit zu einem Nebenerwerbe geboten sei. Von den hiesigen Gemeinde-Schullehrern habe mindestens die Hälfte einen einträglichen Nebenverdienst durch Ertheilung von Privatunterricht, und daraus lasse sich vielleicht beispielsweise erklären, daß ein Gemeinde-Schullehrer die Uebnahme des Unterrichts im Pflegehause gegen eine jährliche Remuneration von 84  $\text{fl}$  leihthin von der Hand gewiesen habe.

Durch die Abstimmung wird die Proposition des Stadt-Magistrats in Verbindung mit dem Commissions-Antrage in dem Sinne:

»daß vom 1. Januar k. J. an die von 30  $\text{fl}$  auf 50  $\text{fl}$  erhöhte Miethentschädigung dem Lehrergehälte hinzugerechnet und danach das Reglement über die Gehaltsätze durch deren Feststellung auf 250  $\text{fl}$  bis zu 500  $\text{fl}$  hinauf umgestaltet, denjenigen Lehrern aber, welche im Genuße einer freien Wohnung, gleichviel ob als Lehrer oder wegen eines andern Dienstes, sich befänden, die freie Wohnung im Betrage von 50  $\text{fl}$  auf ihren Gehalt angerechnet werde,«

von der Versammlung angenommen, dagegen der Antrag des Herrn Lüdecke zur Zeit abgelehnt.

VIII. In einem Schreiben vom 7. v. Mts. beantragt der Stadt-Magistrat:

»die den hiesigen zehn Salzsellern aus der Stadt-Casse verwilligte Remuneration von je 65  $\text{fl}$  auf je 100  $\text{fl}$  jährlich vom 1. Januar d. J. an zu erhöhen,«



da dieselben nach dem Gesetze vom 15. Mai v. J., die Erhebung verschiedener Abgaben nach dem neuen Münzgesetze und der neuen Gewichts-Einheit betreffend, das Salz, welches sie den Centner neuen Gewichts zu 2  $\text{fl}$  25  $\text{g}$  empfangen, zu dem Einkaufspreis verkaufen müssen und dadurch die frühere auf etwa 35  $\text{fl}$  durchschnittlich für jeden Salzseller zu veranschlagenden Vortheile des Verkaufs des Salzes mit einem Nutzen von 4 Mariengroschen für den Centner einbüßen.

Auf Vortrag des Herrn Grottrian Namens der Finanz-Commission erklärt sich die Versammlung mit der obigen Proposition des Stadt-Magistrats einverstanden.

In nicht öffentlicher Sitzung erfolgt hierauf noch die Berathung und Beschlussnahme über Gesuche verschiedener Personen um Verleihung des Wohnortrechts in hiesiger Stadt und wird die Sitzung nach Beendigung dieser Verhandlungen von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich geschlossen.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 7. October 1858.

Die Sitzung wird in Abwesenheit des Herrn Vorsitzenden Desterreich, von dessen Stellvertreter Herrn Grotrian, eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Denecke, Haeußler, Helfft, Kellner, Steinmeyer und Uhde wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen; Herr Löbbcke ist ohne Entschuldigung abwesend.

Das Protocoll der letzten Sitzung am 5. August d. J. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Der Herr Vorsitzende macht der Versammlung das Schreiben des Stadt-Magistrats vom 9. August d. J. bekannt, nach welchem die auf den Inspector an der Bürgerschule westlichen Bezirks, Eduard Friedrichs, gefallene Wahl zum Schul- und Seminar-Director mittelst höchsten Rescripts vom 27. Juli d. J. bestätigt worden und dessen Dienstantritt auf den 1. d. Mts. bestimmt ist.

Ferner theilt der Herr Vorsitzende der Versammlung mit, daß über die Verhältnisse der hiesigen Gasbeleuchtungs-Gesellschaft Seitens der betreffenden Commission, welche diese Angelegenheit zur Vorberathung überwiesen erhalten habe, in einer der nächsten Sitzungen weiterer Bericht erfolgen werde.

Die zunächst auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände sind von der Finanz-Commission vorberathen und werden von den Mitgliedern dieser Commission der Versammlung zum Vortrage gebracht:

I. Das von dem Herrn Födel verlesene Schreiben des Stadt-Magistrats vom 11. v. Mts. bezieht sich auf den schon in der Sitzung vom 24. Juni d. J. verhandelten Ankauf der Häuser sub Nro. ass. 1916 und 1917 a am Steinwege.

Durch die vorläufige, jedoch speciell ausgeführte Abschätzung dieser beiden Grundstücke ist von dem Stadtbaumeister Tappe der materielle Werth des Grundstücks **N**

**ass. 1916** zu 20100  $\text{M}$  und des Grundstücks **N ass. 1917 a** zu 10750  $\text{M}$ , dagegen der Kauf- oder Nutzungswerth des Grundstücks **N ass. 1916** zu 16160  $\text{M}$  und des Grundstücks **N ass. 1917 a** zu 10500  $\text{M}$  veranschlagt. Es ist darauf den Eigenthümern der beiden Grundstücke vom Stadt-Magistrate im Einverständnisse mit der städtischen Bau-Deputation jedoch unter Vorbehalt der Genehmigung dieser Versammlung ein Kaufpreis von 20000  $\text{M}$ , beziehungsweise 10000  $\text{M}$  geboten. Dieses Gebot ist indessen nicht angenommen, vielmehr von den Eigenthümern ein Kaufpreis von 21500  $\text{M}$ , beziehungsweise 11000  $\text{M}$  gefordert.

Für die vom Stadt-Magistrate dieser Versammlung anheim gegebene Entscheidung bringt Herr Fudel in Erinnerung, daß in der früheren Sitzung ein Gesamtkaufpreis von 27000  $\text{M}$  für beide Grundstücke ausgeworfen sei. Diese Summe möge immerhin auf 30000  $\text{M}$  erhöht und zwar ein Kaufpreis für das Grundstück **N ass. 1916** von 20000  $\text{M}$  und für das andere **N ass. 1917 a** von 10000  $\text{M}$  ausgesetzt werden, um zu einem gütlichen Uebereinkommen die Hand zu bieten: damit sei aber den Interessen der Eigenthümer gewiß nach allen Seiten hin und in vollem Maße entsprochen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen über die Expropriationen solle nicht der materielle Werth sondern der Nutzungswerth der Grundstücke bei den Abschätzungen berücksichtigt werden, welcher durch eine entsprechende Capitalisirung des jährlichen Ertrages zu finden sein werde.

Wenn dabei der zur Zeit fast zu gering angenommene Zinsfuß von 4 Procent zum Grunde gelegt werde, so steigere sich letztere doch insbesondere bei Gebäuden auf mindestens 5 Procent, da für Abgaben und Lasten, Bau und Besserung 1 Procent des Capitalwerthes kaum hoch genug berechnet sei und gleichwohl die unvermeidlichen Abnutzungen den Kaufwerth von Gebäuden verminderten. Der für das Grundstück **N ass. 1916** angenommene Preis von 20000  $\text{M}$  führe hiernach auf einen Jahresertrag von 1000  $\text{M}$  zurück, welcher die Veranschlagung des Stadtbaumeisters Tappe um ein Erkleckliches überschreite. Sei dies auch nicht so der Fall bei dem für das Grundstück **N ass. 1917 a** vorgeschlagenen Preise von 10000  $\text{M}$ , so komme dagegen in Betracht, daß letzteres viel älter sei, als das Gebäude **N ass. 1916**, vom Wasser umspült werde und dadurch an und für sich schon reperaturbedürftiger sei und in nicht so guter baulicher Verfassung sich befinde, wie das Haus **N ass. 1916**. Die Eigenthümer der beiden Gebäude dürften sich als vollständig entschädigt anzusehen haben, wenn ihnen ein Kaufpreis von 20000  $\text{M}$ , beziehungsweise 10000  $\text{M}$  gezahlt würde, wogegen sei bei einem Expropriations-Verfahren nicht weniger Risiko zu tragen haben würden, als die hiesige Stadt.

Von der Finanzcommission wird beantragt:

»den Stadt-Magistrate zu autorisiren und zu ersuchen, den Ankauf der beiden am Steinwege unter **N ass. 1916** und **1917 a** belegenen Häuser sammt Zubehör für die hiesige Stadt, unter der gegenseitigen Verpflichtung zur Zahlung des Kaufpreises und zur Uebergabe der Grundstücke auf Ostern 1860 zu dem Preise von 20000  $\text{M}$ , beziehungsweise 10000  $\text{M}$  mit den Eigenthümern derselben endgültig abzuschließen, andernfalls aber, wenn solcher Abschluß an der Forderung eines höhern Kaufpreises Seitens der Eigenthümer scheitern sollte, die Einleitung des gesetzlichen Expropriations-Verfahrens zu veranlassen.«

Dieser Antrag wird von der Versammlung ohne weitere Verhandlung mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

II. In einem von dem Herrn Jüdel verlesenen Schreiben des Stadt-Magistrats vom 2. v. Mts. wird der Verkauf der in Delper belegenen städtischen Mühlen-Grundstücke beantragt.

Neben der Herrschaftlichen Mehl-Mahlmühle in Delper besaß die hiesige Stadt drei kleine Mühlen, welche dem Wollen-Waaren-Fabrikanten Haslicht laut Contracts auf die Zeit von Ostern 1829 bis dahin 1859 für ein jährliches Pachtgeld von 70  $\text{R}$  Conventions-Münze zur Benutzung überlassen sind. Dieselben sind jetzt in einer Walkemühle vereinigt, daneben ist ein größeres Fabrikgebäude mit einem Anhangе aufgeführt, auf dem zu diesen beiden Gebäuden gehörigen Hofraume befindet sich noch ein kleines Stallgebäude und ist ein ferneres Zubehör noch ein Garten. Bei Gelegenheit der Frage wegen der fernern Verpachtung oder eines etwaigen Verkaufs dieser Grundstücke hat die Herzogl. Bau-Direction die Absicht zu erkennen gegeben, mit der dortigen Herrschaftlichen Mehlmahlmühle einige Veränderungen, namentlich durch Ernieuerung des Mahlziels im Interesse der hiesigen Neustadtmühle vorzunehmen. Dadurch und durch andere Umstände wurde eine Contracts-Verlängerung mit dem Fabrikanten Haslicht verzögert und erschwert und sich überhaupt schließlich als am vortheilhaftesten für die hiesige Stadt herausgestellt, der Herzogl. Bau-Direction jene Mühlen-Grundstücke in Delper zu dem durch Abschätzungen ermittelten Preise von 5666  $\text{R}$  käuflich zu überlassen, vorbehältlich der Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums.

Solcher Verkauf sollte sich indessen beschränken auf die Walkemühle nebst dem umgebenen Zeuge, auf das Stallgebäude und einen noch zu vereinbarenden Theil des Hofraums und Gartens, wegen der hiesigen Stadt das Fabrikgebäude und der andere Theil des Hofraums und Gartens zu weiterer freier Verfügung verbleiben würde.

Der Geldwerth dieser letztgedachten Grundstücke ist im ungünstigsten Falle auf mehrer hundert Thaler geschätzt, so daß sich der Gesamtwert der städtischen Mühlen-Grundstücke in Delper auf mindestens 6000  $\text{R}$  annehmen läßt, von welchen freilich eine dem Fabrikanten Haslicht zukommende und mit demselben noch zu vereinbarende Vergütung für Bauten im Betrage von etwa 1000  $\text{R}$  abgehen würde. Der wahrscheinliche Capital-Überschuß von 5000  $\text{R}$  würde die frühere Pacht von 70  $\text{R}$  auf eine Jahresrente von 200  $\text{R}$  erhöhen.

Hiernach giebt der Stadt-Magistrat der Versammlung anheim:

- 1) die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß die städtischen Mühlen-Grundstücke in Delper in dem oben bezeichneten Umfange an die Herzogl. Bau-Direction für die Summe von 5666  $\text{R}$  verkauft werden;
- 2) den Stadt-Magistrat zu ermächtigen, wegen der Theilung der Grundstücke zu Delper mit Herzogl. Bau-Direction eine Auseinandersetzung zu veranstalten, sodann aber wegen Verwerthung des der hiesigen Stadt verbleibenden Theils Verabredungen zu treffen, vorbehältlich der endgiltigen Genehmigung dieser Versammlung; und
- 3) den Stadt-Magistrat zu bevollmächtigen, mit dem Fabrikanten Haslicht we-



gen der demselben zu zahlenden Vergütung für Baukosten einen Vergleich abzuschließen.«

Diese drei Anträge werden von der Finanz-Commission zur Annahme empfohlen und von der Versammlung angenommen.

III. Herr Kahlert verliest ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 28. v. Mts., in welchem auf Veranlassung eines Gesuchs der Schafferei des hiesigen Schützenwesens der Versammlung anheim gegeben wird:

»der Schützen-Casse ein Darlehn von 450  $\text{fl}$  Courant aus der Stadt-Casse gegen vierprocentige Verzinsung und unter dem Vorbehalte zu verwilligen, daß die jährlichen Zinsen zu vier Procent und eine jährliche Abzahlung von 50  $\text{fl}$  an den aus der Stadt-Casse in die Schützen-Casse jährlich fließenden 200  $\text{fl}$  bis zur vollständigen Rückzahlung des Darlehns vom kommenden Jahre an in Abzug gebracht werden.

Die augenblickliche Verlegenheit der Schafferei um obige Summe ist dadurch entstanden, daß dem zu Michaelis d. J. abgegangenen Pächter der Schützenwirthschaft die Rückzahlung der von ihm geleisteten Caution im Betrage von 700  $\text{fl}$  werden muß, der neue Pächter aber eine Cautionssumme von nur 250  $\text{fl}$  einzahlt und die Differenz dieser beiden Summen im Betrage von 450  $\text{fl}$  in der Schützen-Casse nicht vorhanden ist.

Der Finanz-Commission scheint es nicht bedenklich, der Schafferei dieses Darlehn aus der Stadt-Casse zu verwilligen, da die allmälige Rückzahlung desselben hinlänglich gesichert sei.

Herr Fabricius ist der Meinung, daß die mit dem hiesigen Schützenwesen zusammenhängenden Privatrechts-Verhältnisse ihren Ausgangspunkt in der gesammten hiesigen Stadt fänden und letztere somit als Inhaberin oder Eigenthümerin erkennen ließen, zumal die gesammte Bürgerschaft in der Schützen-Gesellschaft vertreten sei.

Gegen diese Auffassung und Identificirung der hiesigen Stadtgemeinde mit der Schützen-Gesellschaft legt Herr Overbürgermeister Caspari Namens der hiesigen Stadt Verwahrung ein, welche auch von dem Herrn Kronheim und Füdél ausgesprochen wird: die hiesige Schützen-Gesellschaft sei eine aus einer unbeschränkten, jedoch nur geringen Zahl hiesiger Bürger für sich bestehende Corporation, welche gesetzlich zwar unter dem Schutze der Stadtgemeinde stehe und bisher auch durch Deputirte des Stadt-Magistrats vertreten sei, aber ihre eignen besondern Rechte und Verbindlichkeiten habe.

Eine weitere Erörterung dieser Privat-Rechtsverhältnisse in der heutigen Sitzung wird durch den Herrn Vorsitzenden ausgeschlossen.

Das von dem Stadt-Magistrate beantragte Darlehn der 450  $\text{fl}$  wird unter den angedeuteten Bedingungen von der Versammlung verwilligt.

IV. Nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 4. v. Mts., aus welchem Herr Kahlert der Versammlung Vortrag macht, ist der schon in der Sitzung am 19. Novbr. v. J. genehmigte Verkauf der beiden städtischen Häuser *N<sup>o</sup> 2828 und 2829 im Markstele* nicht sogleich realisirt worden, weil nach einem Rescripte Herzogl. Staats-Ministeriums vom 8. December v. J. in Frage gestellt ist, ob nicht jene Gegend zum Bauplätze für das neue Theater gewählt werden würde. Erst im Mai d. J.

ist hiervon definitiv abgesehen. Inzwischen haben die frühern beiden Kaufliebhaber ihre Gebote von 370  $\text{fl}$  beziehungsweise 590  $\text{fl}$  zurückgenommen und wenn auch für das Haus  $N^o$  ass. 2828 der frühere Preis von einem andern Käufer, dem auch schon der Zuschlag ertheilt worden, geboten ist, so hat doch für das zweite Haus  $N^o$  ass. 2829 ein Kaufpreis von nur 450  $\text{fl}$  erzielt werden können. Gleichwohl hält der Stadt-Magistrat es für rathlich und angemessen, das letztere Haus auch für die Summe von 450  $\text{fl}$  dem neuen Käufer, Fabrikwerkführer Johann Wilhelm Jahn, zuzuschlagen.

Auf Antrag der Finanz-Commission erklärt sich die Versammlung damit einverstanden:

»daß das Haus  $N^o$  ass. 2829 im Marstalle für 450  $\text{fl}$  verkauft werde.«

V. In einem Schreiben vom 4. August d. J., welches von dem Herrn Rath der Versammlung bekannt gemacht wird, bringt der Stadt-Magistrat in Antrag, die beiden städtischen Häuser  $N^o$  ass. 429 in der Garfische und  $N^o$  ass. 2803 im Marstalle, welche nach dem mit der Herzogl. Landes-Regierung abgeschlossenen neuen Verträge über das städtische Vermögen zum 1. Januar 1860 an die hiesige Stadt zurückfallen, öffentlich auf Meistgebot zu verkaufen. Die Häuser sind zur Zeit noch von dem Gerichtsdiener Lippelt, beziehungsweise von dem Stadtknecht Peters bewohnt und sollten denselben noch bis Ostern 1860 zur Benutzung überlassen bleiben.

Die Finanz-Commission erklärt sich mit dem Verkaufe der beiden Häuser, da dieselben zu städtischen Zwecken nicht weiter genutzt werden können, einverstanden, will es übrigens zum Erlassen des Stadt-Magistrats gestellt sein lassen, ob der Verkauf im Wege des öffentlichen Meistgebots oder aus der Hand bewerkstelligt werde, da bei der letztern Verkaufsart oft ein besserer Kaufpreis zu erzielen sei.

Von der Finanz-Commission wird demnach beantragt:

»die Versammlung wolle die Zustimmung zu dem Verkaufe der beiden Häuser  $N^o$  ass. 429 in der Garfische und  $N^o$  ass. 2803 im Marstalle auf Ostern 1860 ertheilen, jedoch dem Erlassen des Stadt-Magistrats überlassen, ob im Wege des öffentlichen Meistgebots oder im Privatwege die Häuser am vortheilhaftesten zu verwerthen sein würden.«

Die Versammlung ertheilt diese Zustimmung in der beantragten Weise.

VI. Ein von dem Herrn Wankelius vorgelesenes Schreiben des Stadt-Magistrats vom 19. August d. Jrs. betrifft den zwischen der Neuenstraße und Rannengießstraße belegenen Platz, auf welchem früher das sogenannte Sackfarn-Gebäude gestanden hat:

Schon in zwei frühern Sitzungen, am 30. August 1850 und 20. März 1851, ist darüber verhandelt, was wohl mit diesem der hiesigen Stadt zugehörigen Plage gemacht werden könne. Ein damals vom Stadt-Magistrate in Vorschlag gebrachter Verkauf des Platzes ist abgelehnt worden und vielmehr für angemessen und rathsam erachtet, den Grund und Boden der Stadt zu erhalten, um einen Verbindungsweg zwischen der Neuenstraße und der Rannengießstraße herzustellen und einen bei Feuer-gefahr zugänglichen Raum zu haben. Da der Platz zu einem öffentlichen Durchgange indeß nicht hat umgestaltet werden können, so ist derselbe in seiner derzeitigen Beschaffenheit liegen geblieben. Jetzt hat der Tischlermeister Lühr hieselbst, einer von den mehren Hausbesitzern, deren Grundstücke einen Ausgang auf jenen Platz haben,

gebeten, ihm denselben für den Preis von 400  $\text{R}$  zu verkaufen, und sich dabei insbesondere verpflichtet:

»den Platz nicht zur Aufführung von Gebäuden zu benutzen und den Zugang zu denselben von den beiden angrenzenden Straßen aus nicht zu verhindern oder zu erschweren, solchen vielmehr im öffentlichen Interesse, sowie den dazu berechtigten Privaten zu gestatten, auch für dessen Reinhaltung und ordnungsmäßigen Zustand, sowie für die Erhaltung der beiden den Platz verschließenden Pforten zu sorgen.«

Der Platz, der öffentlichen Beaufsichtigung ziemlich entzogen, ist von den anstößenden Hausbesitzern in einer ihre Befugnisse weit überschreitenden Weise mißbraucht, indem sie den Schmutz und Unrath aus ihren Häusern auf den Platz geschafft haben, so daß dessen Beschaffenheit im höchsten Grade Anstoß und Aergerniß erregt. Der Böhr will den Platz zur Niederlegung seiner Holzvorräthe benutzen und gewinnt dadurch eine Veranlassung und ein Interesse, der unbefugten Benutzungsweise und den Ordnungswidrigkeiten der Anwohner entgegen zu treten. Unter den so gestalteten Verhältnissen hat sich der Stadt-Magistrat unter Zustimmung der städtischen Bau-Deputation dafür ausgesprochen:

»daß der Sackharn-Platz — neben den sonst geeigneten Bedingungen insbesondere unter Uebernahme der Verpflichtung, den Raum unbebaut zu lassen — dem Tischlermeister Böhr oder einem andern Anwohner für den Preis von 400  $\text{R}$  oder für die erreichbar höhere Summe verkauft werde.«

Der in dieser Weise motivirte und formulirte Antrag des Stadt-Magistrats wird von der Finanz-Commission unterstützt.

Die Herren Fabricius und Lissebon erklären sich gegen den Antrag, indem sie meinen, daß der Platz wichtig genug sei, um denselben als Eigenthum der Stadt zu bewahren: Sollte aus dem Platze auch ein öffentlicher Verbindungsweg zwischen der Neuenstraße und der Kannengießerstraße nicht zu machen sein, so sei derselbe doch ein sehr geeigneter Raum, um bei etwaigem in jener Gegend ausgebrochenem Feuer wirksame Hülfe leisten zu können, wie sich lehtthin bei dem Feuer in der Kannengießerstraße gezeigt habe. Selbst die widerrufliche Ueberlassung des Platzes zur Benutzung an andere Personen, wie etwa an den Tischlermeister Böhr zur Aufbewahrung seiner Holzvorräthe, habe das Bedenken gegen sich, daß im Falle der Noth der Zugang zu dem Platze gehindert bleibe, weil die auf demselben lagernden Gegenstände nicht würden rasch genug fortgeschafft werden können. Damit der Platz dem angeordneten öffentlichen Zwecke um so besser diene, möge auf denselben mehr Aufsicht, als bisher, gewandt, möge derselbe auf öffentliche Kosten regulirt und der Unrath von demselben fortgeschafft werden.

Herr Fabricius beantragt hiernach:

»den Verkauf des Platzes abzulehnen und denselben unter öffentliche Aufsicht und Ordnung zu stellen.«

Herr Oberbürgermeister Caspari vertritt den Antrag des Stadt-Magistrats und hebt dabei insbesondere hervor, daß der Platz, da über denselben der Anwohner wegen, eine öffentliche Straße nicht wohl geführt werden könne, für die hiesige Stadt kein weiteres Interesse habe, als daß der Zugang zu demselben erhalten bleibe. Dies geschehe aber dadurch, daß an den Verkauf die Bedingung geknüpft werde, es dürfe

der Platz nicht bebauet werden, und die Erfüllung dieser Bedingung lasse sich eben so leicht controliren, als durch eine entsprechende Vermerkung im Hypothekenbuche für alle Zeiten sichern. Zur Instandsetzung des Platzes würden mehrer hundert Thaler erforderlich sein und ein solcher Aufwand stände zu der Bedeutung des Platzes in keinem Verhältnisse.

Die Herren Nieß, Duenstedt, Graß und Tüdel sprechen sich aus ähnlichen Gründen für den Verkauf des Platzes unter der vorzugsweise erwähnten Bedingung, denselben unbebauet zu lassen, aus.

In Folge der Abstimmung wird der Antrag des Stadt-Magistrats von der Versammlung in großer Mehrheit angenommen und findet dadurch der Antrag des Herrn Fabricius seine Erledigung.

**VII.** Das von Seiten der hiesigen Stadt zu entnehmende Salz-Zwangsquantum ist nach dem Vortrage des Herrn Kahlert aus einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 25. v. Mts. für das kommende Jahr, 1859, auf 4300 Centner 46 Pfund 4 Neuloth festgesetzt, und beantragt in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate die Finanz-Commission:

»daß wie bisher, auch für das nächste Jahr 10 Pfund auf jeden Kopf veranlagt werden.«

Der aus einer frühern Sitzung wiederholte Gegenantrag des Herrn Nieß:

»für jeden Kopf ein Salzquantum von 12 Pfund auszuscheiden, dafür aber auf Kinder von 6 Jahren und darunter nur die Hälfte dieses Quantum, mithin 6 Pfund, zu veranlagern,«

wird von den Herren Kahlert, Kloss und Lissebon angefochten, weil eine derartige Vertheilung des Salzes auf die Bewohner der hiesigen Stadt zu umständlich und schwierig und deshalb unausführbar sei.

Die Versammlung erklärt sich nach Ablehnung des Antrages des Herrn Nieß für den Antrag des Stadt-Magistrats.

Die bisher mit der Salz-Veranlagung der Gewerbetreibenden, sowie mit der Entscheidung über Reclamationen und Erlassgesuche wegen des Salzconsums beauftragte Commission, bestehend aus den Herren Kloss, Denecke, Grund, Kahlert, Lissebon und Duenstedt, erhält durch den Beschluß der Versammlung die in der Sitzung vom 29. October vor. Jahrs ihr zugetheilte Ermächtigung auch für das kommende Jahr.

Die weiteren Verhandlungen, insbesondere über Gesuche verschiedener Personen um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt, werden in nicht öffentlicher Sitzung vorgenommen.



## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 11. November 1858.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit des auf einer Reise begriffenen Herrn Helfft wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protokoll der letzten Sitzung, am 7. vor. Mts., wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berichtserstattung über Aenderung des zwischen der hiesigen Stadt und der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft abgeschlossenen Contracts, welche Namens der betreffenden Commission durch den Herrn Aronheim erfolgt:

Der Herr Referent, auf die letzten Beschlüsse über diese Angelegenheit in der Sitzung am 3. Juni d. Jrs. zurückgehend, theilt der Versammlung mit, daß das darauf erfolgte Antwortschreiben des Stadt-Magistrats vom 12. Juli d. Jrs., gestützt auf die fernerweite Erklärung der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft vom 7. desselben Monats und das durch den Druck veröffentlichte Gutachten des Gasingenieurs Schiele, die Ansicht vertrete, daß die unwiderrufliche Herabsetzung des Gaspreises auf 4  $\mathfrak{P}$  für 1000 Cubikfuß in Berücksichtigung sowohl der billigen und gerechten Anforderungen der Privatconsumenten, als der nach gleichen Grundsätzen zu beurtheilenden Interessen der Gesellschaft nicht zugestanden werden könne.

Vom Stadt-Magistrate sei dagegen proponirt, unter einstweiliger Beibehaltung des Gaspreises von 5  $\mathfrak{P}$  für 1000 Cubikfuß die Herabsetzung dieses Preises von einer Steigerung des Gasconsums nach Maßgabe einer dafür aufgestellten Scala abhängig zu machen; ferner seien einzelne Aenderungen des Contracts mit der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft in Vorschlag gebracht, welche sich theils auf die Feststellung einer entsprechenden Leuchtkraft des Gases, theils auf die Durchführung einer zuverlässigen Controlle über die contractmäßige Gaslieferung bezögen, und endlich sei eine Modification

der Statuten der Gesellschaft rücksichtlich der Zusammensetzung des Directoriums, insbesondere der Vertretung des Stadt-Magistrats in demselben in Aussicht gestellt, sofern die sonst obschwebenden Differenzen ausgeglichen werden würden.

Die Commission habe, soweit solches in ihren Kräften gestanden, diese Angelegenheit einer nochmaligen genauen Prüfung unterzogen und dabei namentlich das Schiele'sche Gutachten, auf welches vom Stadt-Magistrate das Hauptgewicht gelegt worden sei, in Erwägung genommen. Dieses Gutachten, dessen anderweite technische Beleuchtung die Commission zu benutzen Gelegenheit gehabt habe, sei mehr oder weniger als eine Parteischrift erschienen und nicht von der Bedeutung gehalten, um die Ueberzeugung begründen zu können, daß die städtischen Behörden mit der derzeitigen Herabsetzung des Gaspreises unter 5  $\text{fl}$  für 1000 Cubikfuß etwas Unbilliges verlangen würden. Wenn vom Stadt-Magistrate in der Zusicherung der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft, für die Zukunft unter gewissen Bedingungen mit dem Gaspreise unter 5  $\text{fl}$  herabzugehen, eine entsprechende Genugthuung gefunden sei, so hätten doch die Voraussetzungen und Berechnungen, welche solche Preisermäßigung zur Folge haben sollten, nach verschiedenen Richtungen hin nicht als ganz richtig und zutreffend sich herausgestellt. Gegenüber der vorseitigen Auseinandersetzung bleibe die Forderung einer Ermäßigung des Gaspreises bis auf 4  $\text{fl}$  für 1000 Cubikfuß immer noch als eine den Verhältnissen angemessene bestehen. Da nun aber in dieser Beziehung von der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft ein Zugeständniß nicht gemacht sei, so bleibe nichts Anders übrig, als die Propositionen des Stadt-Magistrats abzulehnen und für jetzt, um nicht die Nachtheile, welche aus dem Mangel einer geeigneten Controle hervorgehen würden, ferner noch fortbauern zu lassen, wenigstens an den contractlich verabredeten Control-Maßregeln fest zu halten. Ohne daher auf die vom Stadt-Magistrate vorgeschlagenen Aenderungen des Contracts und der Gesellschafts-Statuten zur Zeit näher einzugehen, werde von der Commission beantragt:

»die Propositionen des Stadt-Magistrats abzulehnen,«

und

»den Stadt-Magistrat zu ersuchen, die nach dem Contracte mit der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft, resp. nach dessen Nachtrage vorgeschriebene Control einzurichten und zur Ausführung zu bringen.«

Der Herr Vorsitzende, auf dessen Veranlassung von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari die betreffenden Contracts-Bestimmungen zuvor verlesen werden, erklärt die Debatte über beide vorstehende Anträge für eröffnet.

Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt, daß er nicht darüber entscheiden könne, es vielmehr der Beurtheilung der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft überlassen müsse, ob dieselbe auf die Forderung einer Herabsetzung des Gaspreises unter 5  $\text{fl}$  nach dem gegenwärtigen Consume eingehen könne, ohne geradezu mit Schaden zu arbeiten. Das Gutachten des Gasingenieurs Schiele und die von demselben entworfene Scala für eine demnächstige Ermäßigung des Gaspreises sei von dem Stadt-Magistrate, welcher selbst nicht in der Lage sich befinde, die Frage vom technischen Standpunkte aus zu beurtheilen, als Fundament für seine Erwägungen und Entschlüsse angenommen, da kein Grund vorliege, in dieses Gutachten und die Ansicht der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft Mißtrauen zu setzen. Gleichwohl sei nicht ausgeschlossen, über etwaige Aenderungen jener Scala sich zu vereinbaren, und es dadurch möglich zu machen, daß vielleicht schon zu einer früheren Zeit mit dem Gaspreise heruntergegangen würde.

Darauf abzielenden anderweiten Vorschlägen werde der Stadt-Magistrat gern seine Aufmerksamkeit und Prüfung zuwenden, da es im allgemeinen Interesse nur erwünscht sein könne, die obwaltenden Differenzen im Wege der Verständigung zu erledigen. Die contractmäßige Ausübung der Controle an sechs verschiedenen Punkten in hiesiger Stadt sei freilich un Zweckmäßig und unausführbar; der Stadt-Magistrat sei schon bemühet gewesen, eine zuverlässige Controle einzuführen, indem dieselbe in die Hand eines unparteiischen Sachverständigen gelegt sei. Sollte es für angemessen gehalten werden, die Controle, statt solche, wie bisher, auf 4füßige Brenner zu beschränken, auch auf 3,2 oder 1füßige Brenner auszudehnen, so würden auch dazu die erforderlichen Einrichtungen getroffen werden können; wie es aber möglich zu machen sei, dieselbe an 6 verschiedenen Orten in zuverlässiger Weise zur Ausführung zu bringen, sei ihm, wie er nicht verhehlen wolle, für jetzt noch nicht klar.

Herr Häusler vertritt die Ansicht des Stadt-Magistrats deshalb, weil sich dieselbe auf das Gutachten eines bewährten Gaschneiders stütze. Die Ausführung dieses Gutachtens gewähre den Eindruck, daß sich dasselbe auf eine unparteiische Weise über die vorliegenden Fragen ausspreche. Zu diesem Zwecke sei auch der Verfasser des Gutachtens von der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft berufen und es habe derselbe offenbar mit aller Unbefangenheit und Gewissenhaftigkeit seine Aufgabe erfüllt, so daß seiner Darstellung die Bezeichnung einer Parteischrift nicht zukomme. In diesem Gutachten seien die Fehler in der Anlage der Fabrik offen dargelegt, auf deren Verbesserung die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft ihr Augenmerk richten müsse. Das Resultat der Begutachtung sei aber nach speciellen Prüfungen und Berechnungen, namentlich der Kosten des Materials und der Fabrikation gewesen, daß ein Gaspreis von 5  $\text{S}$  für 1000 Cubikfuß für das Publikum nicht zu hoch sei, und bei dem gegenwärtigen Consume von Gas ohne zu große Nachtheile für die Gesellschaft nicht ermäßigt werden könne. Diesem gegenüber habe die Commission nur im Allgemeinen erklärt, das Gutachten sei nicht der Art, um eine Ueberzeugung von der Richtigkeit der Ansicht des Stadt-Magistrats zu gewinnen, ohne irgend wie anzudeuten, in welcher Beziehung das Gutachten von irrigen oder unrichtigen Annahmen ausgegangen sei. Könnten und würden derartige Fehler des Gutachtens nachgewiesen werden, so wäre dadurch Veranlassung zu einer anderweiten Prüfung und Beurtheilung gegeben, zu welcher freilich der Stadt-Magistrat so wenig, als die Versammlung oder deren Commission unmittelbar im Stande sein dürften. Um so weniger möchte aber der Versammlung zuzumuthen sein, mit der allgemeinen Behauptung der Commission, sie sei durch das Gutachten von der Auffassung des Stadt-Magistrats nicht überzeugt worden, sich zufrieden gestellt zu sehen und darauf hin die Anträge der Commission anzunehmen; vielmehr werde die Versammlung in dem Schiele'schen Gutachten, da dasselbe nicht eine speciell begründete Anschauung erfahre, eine Rechtfertigung finden, für die Propositionen des Stadt-Magistrats sich zu erklären.

Herr Cronheim theilt mit, daß die Commission es für genügend gehalten habe, so zu berichten, wie von ihm geschehen sei; denn obwohl dieselbe das Schiele'sche Gutachten auch im Einzelnen geprüft habe, und deshalb dem etwaigen Verlangen der Versammlung, ihre Einwendungen gegen das Gutachten im Einzelnen vorzubringen, zu entsprechen im Stande sei, so könne von ihr solch ein Specialbericht, zu dessen Erstattung die Commission, nach einer 24stündigen Vorbereitung bereit sei, doch nur in dem Sinne erfolgen, daß sie angebe, in welchen Punkten der Verfasser des Gut-

achtens eine Ueberzeugung von der Richtigkeit seines Ausspruchs nicht begründet habe. Theils eines vorhandenen Gebäudes, welcher bei dem Fortschreiten des Baues doch Im Uebrigen solle dem Schiele'schen Gutachten die Bezeichnung einer Parteischrift nur insoweit beigelegt sein, als der Anschauung Raum gegeben sei, der Verfasser werde mit einer gewissen Vorliebe für die Gasanstalt über deren Verhältnisse und Einrichtungen sich ausgesprochen haben, da er nicht so, wie ein anderer Schiedsrichter, zur Schlichtung von Differenzen von beiden Parteien berufen sei.

Auf die desfallsige Anfrage des Herrn Vorsitzenden wird so wenig von der Versammlung das Verlangen kund gegeben, als von Herrn Häusler der besondere Antrag gestellt, eine specielle Berichtserstattung der Commission entgegen zu nehmen, und wird darauf zur Abstimmung über die Anträge der Commission geschritten.

Der erste Antrag der Commission:

»Ablehnung der Propositionen des Stadt-Magistrats«, wird von der Versammlung mit 17 unter 25 Stimmen angenommen; auch der zweite Antrag:

»Einführung der contractmäßigen Controle«, erhält die Zustimmung der Versammlung.

Von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari wird hiernächst noch Auskunft darüber erbeten, ob nach den so eben erfolgten Beschlüssen die Thätigkeit der bisherigen Commission von der Versammlung als geschlossen betrachtet werde oder nicht? Letzteres werde insofern zweckmäßiger und der Sache förderlicher sein, als es vielleicht gelingen würde, durch die gemeinsame Verhandlung eines Deputirten des Stadt-Magistrats mit der Commission ein Mittel zu finden, die obschwebenden Differenzen zur Ausgleichung zu bringen. Die allgemeine Beschlussnahme der Versammlung, die Propositionen des Stadt-Magistrats abzulehnen, weil das vorgelegte Gutachten nicht überzeugend ausgefallen, sei nicht wohl geeignet, den Stadt-Magistrat von der Irrigkeit oder Unrichtigkeit des Schiele'schen Gutachtens zu überzeugen. Sollte die Angelegenheit einer weitem Erörterung unterzogen werden können, so sei erforderlich, die Einwendungen gegen das Gutachten kennen zu lernen und eventuell noch durch andere Sachverständige, deren Zuziehung auch der Commission freistehen würde, prüfen und beurtheilen zu lassen.

Der Herr Vorsitzende ist der Meinung, daß für eine anderweite Vorlage des Stadt-Magistrats über die Gasangelegenheit nicht eine neue Commission zu berufen, sondern dieselbe der frühern Commission zuzutheilen sein werde, denn die Verhandlungen seien nicht als abgebrochen und der Auftrag der Commission nicht als erloschen anzusehen, weil ein positives endliches Resultat durch die obige Beschlussnahme noch nicht erreicht sei.

Anders faßt Herr Meyer die Sache auf, indem er dafür hält, daß die Commission durch ihre bisherige Wirksamkeit dem ihr gewordenen Auftrage Genüge geleistet habe, indem bei ihrer zweimaligen Berichtserstattung die Zustimmung der Versammlung zu ihren Anträgen auf Wahrung des städtischen Interesses und des Interesses des Publikums durch Einführung der contractmäßigen Controle erstrebt und erlangt sei.



Auf eine Frage des Herrn Vorsitzenden erklärt sich die Versammlung damit einverstanden:

»daß der bisherigen Commission die Befugniß und Verpflichtung verbleiben solle, mit einem Deputirten des Stadt-Magistrats auf Anfordern über die Gasangelegenheit weiter zu verhandeln.«

Die weitem Verhandlungen in nicht öffentlicher Sitzung betreffen Reclamationen gegen die Gemeinde- und Armensteuer und Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt, nach deren Beendigung die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen wird.

**N<sup>o</sup> 9.**

Sitzung am 25. Novbr. 1858.

**1858.**

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Abwesenheit der Herren Warrentrapp, Niemeyer, Helfft und Uhde wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen.

Das Protocoll der letzten Sitzung am 11. d. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

1. Nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 25. v. Mts., welches von dem Herrn Wankelius als Referenten der Finanz-Commission verlesen wird, hat die Herzogl. Zoll- und Steuerdirection eine Aenderung des zwischen ihr und der hiesigen Stadt bestehenden Miethcontracts rücksichtlich verschiedener Localitäten im Neustadt-Rathhause dahin beantragt, daß der mitvermietete Kellerraum von Ostern k. J. an von der Vermietung ausgenommen werde, und sich erboten, statt des bisher gezahlten Miethgeldes von 300  $\text{fl}$  jährlich von jener Zeit an für die in Miethe verbleibenden Localitäten ein jährliches Miethgeld von 100  $\text{fl}$  zu zahlen. — Zu dem Kellerraume haben sich bereits die Pächter des städtischen Weinkellers, zum Engel, die Weinhändler Pappée & Büschhoff, als Miether gefunden, welche für denselben ein jährliches Miethgeld von 200  $\text{fl}$  offerirt haben.

Der Stadt-Magistrat hält den Antrag und das Miethgebot der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction und der Weinhändler Pappée & Büschhoff für zulässig und annehmbar, knüpft aber an die Abschließung dieser neuen Miethverträge einige speciellere Bedingungen und giebt der Versammlung anheim:

»zu genehmigen, daß Seitens der hiesigen Stadt sowohl mit der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction wegen der zurückgehaltenen Localitäten gegen ein jährliches Miethgeld von 100  $\text{fl}$ , als mit den Weinhändlern Pappée & Büschhoff wegen des Kellerraums gegen ein jährliches Miethgeld von 200  $\text{fl}$  unter den vorgeschlagenen Bedingungen Miethverträge abgeschlossen werden.«

Die Finanz-Commission findet gegen die Abschließung der solchergestalt bedingten Miethverträge nichts zu erinnern und empfiehlt dieselben der Versammlung zur Genehmigung.

Auf eine Anfrage des Herrn Lissebon, ob der mit der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction abzuschließende Vertrag es zulassen werde, die unter diesem Saale befindlichen Räume für den Fall zur Verfügung zu bekommen, wenn etwa der Versuch gemacht werden sollte, von dort aus nicht bloß diesem Saale, sondern vielleicht auch den Localen der Stadt-Casse erwärmte Luft zur Heizung zuzuführen, wie schon einmal in Anregung gebracht sei, äußert Herr Oberbürgermeister Caspari, daß ein solcher Versuch schwerlich werde gemacht werden und durch denselben insbesondere nicht wohl eine genügende Heizung jener beiden von einander getrennt liegenden Localitäten zu ermöglichen sein werde, weil die darauf abzielenden Einrichtungen gewiß zu complicirt und kostspielig sein würden, daß übrigens eine beiden Theilen zustehende einjährige Kündigungsfrist auf allen Fall vorbehalten werden könne.

Einer Anfrage des Herrn Rischbieter, ob durch die beabsichtigte Umlegung des Treppenhauses nicht die Hauswärterwohnung werde berührt werden, entspricht Herr Oberbürgermeister Caspari durch die Mittheilung, daß dies nach dem Plane des Stadtbaumeisters Tappe nicht der Fall sein werde.

Die Versammlung ertheilt hierauf die Genehmigung zu den proponirten mit der Herzogl. Zoll- und Steuer-Direction und mit den Weinhändlern Pappée & Büschhoff abzuschließenden Miethverträgen.

II. Einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 17. d. Mts. zufolge handelt es sich um die fernere Nutzung der im sogenannten Aulorshofe belegenen Gewölbe und Niederlagen-Räume, nachdem das Altstadt-Rathhaus und der Aulorshof durch den zwischen der Herzogl. Landes-Regierung und der hiesigen Stadt abgeschlossenen Vertrag der letztern eigenthümlich überlassen worden ist. Bisher ist der Aulorshof von dem Herzogl. Haupt-Steuer-Amte hieselbst durch Vermietbung der Gewölbe und Niederlagen insbesondere zur Messzeit genutzt und es hat sich auch jene Behörde bereit erklärt, solche Nutzung unter den näher angedeuteten Bedingungen für ein jährliches Miethgeld von 250  $\text{fl}$  zu behalten.

Der Stadt-Magistrat beantragt:

»die Zustimmung zur Abschließung eines Miethvertrages zwischen der hiesigen Stadt und dem Herzogl. Haupt-Steuer-Amte unter Zugrundelegung eines jährlichen Miethgeldes von 250  $\text{fl}$  und der außerdem vorgeschlagenen Bedingungen zu ertheilen.«

Namens der Finanz-Commission wird durch Herrn Grotian dieser Antrag unterstützt und wird von der Versammlung, nach Erledigung einer Anfrage des Herrn Fabricius über den bisherigen Nutzungs-Ertrag jener Gewölbe und Niederlagen für das Herzogl. Haupt-Steuer-Amt durch eine entsprechende Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari, die beantragte Zustimmung ertheilt.

III. Mitteltst Schreibens des Stadt-Magistrats vom 29. September d. J. sind die über den städtischen Haushalt im Jahre 1857 geführten Rechnungen zur Einsicht und Prüfung vorgelegt.

Nach dem Vortrage des Herrn Fudel, als Referenten der Finanz-Commission, sind Erinnerungen gegen die Rechnungen nicht gefunden: Herr Fudel hebt unter Bezugnahme auf die durch den Druck veröffentlichte und auch in den Händen der Mitglieder dieser Versammlung befindliche Uebersicht über die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten zu Braunschweig während des Jahres 1857 diejenigen Posten hervor, rücksichtlich welcher Abweichungen von dem Voranschlage sowohl in den Ein-

nahmen als in den Ausgaben vorgekommen sind, und giebt dazu die geeigneten Erläuterungen, wie solche zum Theil schon in dem jener Uebersicht beigelegten Executions-Stat angedeutet sind. Das städtische Vermögen berechnet sich am Schlusse des Jahres 1857 auf 70949  $\text{R} 15 \text{ gr} 10 \text{ L}$ , von welchen indessen an Schulden 9183  $\text{R}$  abgehen, so daß ein Activum von 61766  $\text{R} 15 \text{ gr} 10 \text{ L}$  verbleibt.

Dem Antrage der Commission:

»die städtischen Rechnungen für justificirt anzunehmen und zu genehmigen, daß dem Rechnungsführer Decharge ertheilt werde,« tritt die Versammlung durch Beschluß bei.

IV. Seitens der Finanz-Commission wird der Versammlung die vom Stadt-Magistrate proponirte Gewährung der nachfolgenden außerordentlichen Unterstützungen zur Berücksichtigung empfohlen.

1) durch Herrn Wankelius auf Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 6. d. Mts:

»für den Stadtregistrator Grütter ein Extraordinarium aus der Stadt-Casse im Betrage von 50  $\text{R}$ ,«

in Erwägung der bedeutenden außergewöhnlichen Kosten, welche dem Bittsteller aus einer schon seit längerer Zeit andauernden Krankheit erwachsen;

2) durch den Herrn Kahler nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 19. vor Monats:

»für die Pedellen Stanze und Falkenberg an den beiden Bürgerschulen westlichen und östlichen Bezirks ein Extraordinarium aus der Gemeinde-Schul-Casse im Betrage von je 10  $\text{R}$ ,«

in Erwägung, daß den beiden Pedellen in Folge von Baulichkeiten in beiden Schulen außergewöhnliche Dienstleistungen, namentlich durch das Reinigen der Schullocalitäten, obgelegen haben, welche dieselben mit ihren Angehörigen allein nicht haben beschaffen können;

3) durch Herrn Grotrian nach einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 19. vor Monats:

»für die Magistratsdiener Schulte und Dunsing ein Extraordinarium aus der Stadt-Casse im Betrage von je 20  $\text{R}$ ,«

in Erwägung, daß die beiden Bittsteller einer solchen Unterstützung auch ferner noch bedürftig, und wegen treuer Pflichterfüllung wohl würdig erscheinen;

die beantragten Extraordinarien werden von der Versammlung verwilligt;

4) durch Herrn Kahler auf Veranlassung eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 13. d. Mts:

»für die Wittwe des Dr. med. Otto ein Extraordinarium aus der Stadt-Casse im Betrage von 100  $\text{R}$ ,«

in Erwägung, daß der verstorbene Dr. med. Otto wegen seiner Menschenfreundlichkeit und Berufstreue, welche von demselben überall und zu jeder Zeit bei der Ausübung seiner ärztlichen Praxis, insbesondere auch in seiner Stellung als Armenarzt und Assistent des Ober-Armenarztes zu Tage gelegt seien, die vollste Anerkennung, und daß seine Hinterbliebenen, eine Wittve und ein eben geborenes Kind, denen der Verstorbene so plötzlich entzogen sei, ohne im Stande gewesen zu sein, ihnen eine sorgenfreie Zukunft zu bereiten, die wärmste Theilnahme verdienen.

Herr Aronheim wünscht jene Anerkennung und Theilnahme durch eine noch

reichlichere Spende von Seiten der hiesigen Stadt ausgedrückt zu sehen und beantragt:

»die proponirte Verwilligung auf 300  $\mathfrak{R}$  zu erhöhen.«

Herr Overbürgermeister Caspari erklärt sich mit diesem weiter gehenden Antrage gern einverstanden und glaubt versichern zu können, daß auch der Stadt-Magistrat demselben die bereiteste Zustimmung geben werde.

Von den Herren Fabricius, Kellner, Nieß und Kahlerk wird der Antrag des Herrn Aronheim, unter wiederholte Anerkennung der großen Verdienste des Dr. med. Otto ebenfalls unterstützt.

Die Versammlung beschließt die Verabreichung einer Summe von 300  $\mathfrak{R}$  aus der Stadt-Casse an die Wittwe des Dr. med. Otto.

V. Durch ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 19. vor. Mts. wird die Versammlung benachrichtigt, daß im Einverständnisse mit der Baudeputation, Namens welcher Herr Grass Bericht erstattet, dem Schneidermeister Spandau die Zusicherung gemacht sei, es solle ihm, wenn er bei dem beabsichtigten Neubau seines Hauses N 4 an der Ubelnkarre mit der straßenseitigen Fronte desselben auf eine von dem Stadtbaumeister Tappe bezeichnete Linie zurückrücken und auf diese Weise eine kleine Fläche zur Verbreiterung der Straße hergeben würde, dafür eine Entschädigung von 50  $\mathfrak{R}$  aus der Stadt-Casse zu Theil werden. Von der Versammlung wird die Förderung des vorgedachten Zweckes, die Verbreiterung der Straße, für angemessen gehalten und auf Antrag der Bau-Deputation:

»die Zahlung einer Entschädigungssumme von 50  $\mathfrak{R}$  aus der Stadt-Casse an den Spandau«

genehmigt.

VI. In einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 11. September d. J. wird mitgetheilt, daß der §. 2 der revidirten Feuer-Ordnung für die hiesige Stadt vom 1. Juli 1855, welcher in seinem ersten Absatze lautet:

»bei Neubauten sind die an die Nachbarhäuser gränzenden Umpfangswände massiv aufzuführen,«

leztthin von einem Bauherren und selbst von andern Bauverständigen eine dem Sinne und Zwecke jener Bestimmung widersprechende Auffassung erfahren habe, indem der Bauherr von einem alten Gebäude einen durchaus unwesentlichen und ganz unbedeutenden Theil haben stehen lassen und darauf hin der Bau von ihm für einen »Umbau,« aber nicht für einen »Neubau« ausgegeben sei. Dieser Fall giebt dem Stadt-Magistrate Veranlassung, nach dem Vorschlage des Stadtbaumeisters Tappe eine Aenderung jener Vorschrift dahin zu proponiren:

»bei Neubauten und bei allen diesen gleich zu achtenden Um- und Reparatur-Bauten sind die an die Nachbarhäuser gränzenden Umfangswände massiv aufzuführen. Darüber, ob ein Um- oder Reparatur-Bau einem Neubau gleich zu achten sei, hat allein die im §. 52 erwähnte Commission zu entscheiden.«

Auch die Statuten-Commission, Namens welcher der Herr Vorsitzende der Versammlung über diese Angelegenheit Vortrag macht, will unter einem »Neubau« nicht etwa bloß einen solchen Bau verstanden wissen, bei welchem an einer Stelle, wo ein Gebäude überhaupt noch nicht gestanden habe, ein solches aufgeführt werden solle, sondern erkennt nach der Absicht der statutarischen Bestimmung schon darin einen



»Neubau« wenn mit einem vorhandenen Gebäude ein solcher Umbau oder Reparatur-Bau vorgenommen werde, welcher nach dem ganzen Umfange der Bau-Ausführung einem Neubaue gleich geachtet werden müsse. Durch das Stehenlassen eines geringen Theils eines vorhandenen Gebäudes, welcher bei dem Fortschreiten des Baues doch vielleicht noch hinweggenommen werde, können der Form oder dem Begriffe eines Neubaues kein Abbruch gethan werden; sollte es anders sein, so würde dadurch den Umgehungen der statutarischen Bestimmung Thür und Thor geöffnet werden. Um daher allen Zweifeln und Irrungen vorzubeugen und die Vorschrift des §. 2 der Feuer-Ordnung in dem Sinne zur Geltung zu bringen, in welchem derselbe im Interesse der öffentlichen Sicherheit in das Statut aufgenommen worden, sei eine Declaration zweckmäßig und nothwendig. Es sei aber von der Commission für angemessen erachtet, die Declaration in einem besondern neuen Statute auszusprechen und trage dieselbe, in Uebereinstimmung mit dem Vorliegenden des Stadt-Magistrats, welcher bei den Commissions-Verhandlungen zugegen gewesen, darauf an:

»ein Statut zu erlassen, in welchem der §. 2 der Feuer-Ordnung dahin erklärt werde:

daß der Ausdruck »Neubauten« auch diejenigen Umbauten und Reparaturbauten umfasse, welche ihrer Beschaffenheit nach einem Neubaue gleich zu achten seien, und die Entscheidung der Frage, ob ein Umbau oder Reparaturbau einem Neubaue gleich zu achten sei, in den einzelnen Fällen der im §. 52 der Feuer-Ordnung bezeichneten Commission zustehe.«

Herr Nieß ist der Meinung, daß es lediglich den Bauenden zu überlassen sei, ob sie die an die Nachbarhäuser grenzenden Umfassungswände massiv aufzuführen wollten oder nicht, da für den Erlaß der obigen Bestimmung im §. 2 der Feuerordnung keine dringende Veranlassung vorgelegen habe. Bei einem großen Feuer würden selbst massive Umfassungswände keinen Schutz gewähren, wogegen dieselben das Bauen sehr vertheuerten und zu den mancherlei Belästigungen hinzukämen, welche in hiesiger Stadt von allen Bauenden sehr schwer empfunden würden und von Neubauten, wie z. B. an der Fallersleberstraße, abhielten. Statt der proponirten Declaration stelle er den Antrag:

»daß der §. 2 der Feuerordnung aufgehoben werde.«

In gleicher Weise spricht sich Herr Rischbieter aus, indem er noch darauf aufmerksam macht, daß die durch den §. 52 der Feuerordnung bezeichnete Commission fast allen Gesuchen um Dispensation von Ausführung von Brandgiebeln stattgegeben habe und daraus habe erkennen müssen, daß sich diese Vorschrift nicht durchführen lasse.

Herr Lissebon bestätigt, daß die vorgedachte Commission fast in allen Fällen, in welchen ein Neubau beabsichtigt worden, um Dispensation von der obigen Vorschrift angegangen sei und einen desfalligen Nachlaß auch gewährt habe, wenn die Ausführung massiver Wände unter zu großen Unbequemlichkeiten oder Belästigungen, insbesondere bei ungünstigen Bodenverhältnissen, welche eine Pilotage nothwendig gemacht hätten, zu ermöglichen gewesen wäre. Andernfalls sei von der Commission an den Vorschriften der Feuer-Ordnung festgehalten, da in denselben keine Erschwerung des Baues gefunden und die Brandgiebel stets für sehr wichtig gehalten seien, wie die Erfahrung unter Andern auch bei dem Feuer in der Hauswald'schen Fabrik vor dem Wendenthore gelehrt habe.

Herr Oberbürgermeister Caspari giebt zwar dem Herrn Nieß zu, daß Brandgiebel bei einem großen Feuer, wie etwa in Hamburg, keinen erheblichen Nutzen gewähren würden, hält dieselben aber für sehr geeignet, der Verbreitung eines Feuers vorzubeugen, und bezieht sich dafür beispielsweise noch auf das Feuer auf den Grundstücken des Seifensiedermeisters Bense und des Fabrikanten Wittekop. Von eigentlichen Belästigungen oder Erschwerungen des Baues könne hier um so weniger die Rede sein, als die Commission sehr nachsichtig verfare, wenn Abweichungen von der Feuer-Ordnung erbeten würden, und in diesem Sinne in der Regel die Ausführung von Brandgiebeln auf beiden Seiten eines Gebäudes nachlasse. An andern Orten beständen viel strengere Vorschriften für die Bauenden; so müßten namentlich in Berlin nicht bloß die sämtlichen Umfangswände eines Gebäudes massiv aufgeführt, sondern auch massive Treppen, oft für einen doppelten Zugang an zwei Stellen in einem Gebäude, angelegt werden. Die hier durch die Feuer-Ordnung gebotene Forderung massiver Brandgiebel zwischen zwei an einander gränzenden Gebäuden sei als zu wichtig und nothwendig erkannt, als daß dieselbe nach so kurzer Zeit ihrer Geltung und Anwendung beseitigt werden könnte. Rücksichtlich der Kosten sei der Unterschied zwischen einer Fachwerkwand und einer massiven Wand gewiß nicht so bedeutend, daß darin das Publicum einen Grund finden sollte, von jener Vorschrift dispensirt zu werden oder überhaupt von Baulichkeiten abzufehen.

Die Herrn Graß und Cronheim erklären sich ebenfalls gegen den Antrag des Herrn Nieß und erkennen die Nothwendigkeit an, der frühern Art und Weise zu bauen durch entsprechende Vorschriften, die auch noch in der der Statuten-Commission gegenwärtig vorliegenden Bauordnung vorbereitet wurden, entgegen zu treten: der wohlthätige Erfolg der neuern feuerpolizeilichen und baupolizeilichen Bestimmungen werde gewiß in einer nicht gar fernern Zeit allseitige Anerkennung finden.

Nach geschlossener Debatte wird von der Versammlung der Antrag des Herrn Nieß gegen 4 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag der Statuten-Commission mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

VII. Herr Grottrian erstattet der Versammlung Namens der Finanz-Commission Bericht über ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 17. d. Mts., die Anlegung einer öffentlichen Bade-Anstalt betreffend:

Die Idee zur Anlegung einer solchen Bade-Anstalt ist schon lange verfolgt, bisher aber daran gescheitert, daß die dafür aufzuwendenden Geldmittel nicht disponibel gewesen sind. Diese sind jetzt in dem durch die polizeiliche Abgabe von den Hunden gesammelten Fonds vorhanden und die Verwendung derselben zu dem obigen Zwecke wird von dem Stadt-Magistrate für angemessen und dem Statute entsprechend gehalten. Die Bemühungen um Auffindung eines geeigneten Badeplatzes haben zur Wahl einer Wiesenfläche an der Elbe zwischen der Civil-Bade-Anstalt und der hiesigen Stadt geführt, welche für ein jährliches Pachtgeld von 20  $\text{fl}$  pro Morgen von Herzoglicher Cammer, Direction der Domänen, zu erlangen ist. An dieser Stelle würde ein Bassin auszugraben, ein Wärterhaus zu erbauen und der ganze Platz mit einem Damme und mit Gebüsch zu umgeben sein. Die desfallsigen Kosten sind von dem Stadtbaumeister Lappe für das Wärterhaus, da dasselbe im Grunde gut verwahrt werden muß, auf 555  $\text{fl}$  und für die sonstigen Erarbeiten auf 200  $\text{fl}$  veranschlagt, von der Errichtung von Bretterbuden für die Badenden ist abgesehen, da auch an andern Orten für solche öffentlichen Bade-Anstalten eine derartige Vorsoorge nicht ge-

troffen ist. Die Benutzung dieser Bade-Anstalt sollte ganz frei gegeben und die Beaufsichtigung derselben bis auf weiteres dem Bademeister Gellertshoff für ein jährliches Honorar von 200  $\text{fl}$  gegen die Verpflichtung, einen besondern Bademeister für die Anstalt zu halten, übertragen werden.

Von dem Stadt-Magistrate wird die Zustimmung der Versammlung beantragt:

- 1) zum Abschlusse eines Pachtcontracts mit der Herzoglichen Cammer über die Benutzung eines Grundstücks zur Anlegung einer öffentlichen Bade-Anstalt auf Grundlage der näher angegebenen Bedingungen;
- 2) zur Verwendung einer Summe von 755  $\text{fl}$  aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde für Einrichtung der Bade-Anstalt;
- 3) zur widerruflichen Uebertragung der Beaufsichtigung der Bade-Anstalt an den Bademeister Gellertshoff für eine jährliche Remuneration von 200  $\text{fl}$ .

Diese Propositionen werden von der Finanz-Commission der Versammlung zur Annahme empfohlen.

Von den Herren Quenstedt, Kellner, Aronheim und Lissebon wird die Anlegung einer solchen öffentlichen Bade-Anstalt warm befürwortet und findet außerdem noch ein Antrag des Herrn Kellner:

»einen von allen Seiten offenen und nur mit einer Bedachung versehenen Schuppen für die Badenden einrichten zu lassen,«

mehrseitige Unterstützung.

Die Versammlung ertheilt sowohl zu den Propositionen des Stadt-Magistrats, als zu dem Zusatz-Antrage des Herrn Kellner die Zustimmung.

Endlich benützt Herr Meyer das ihm von dem Herrn Vorsitzenden gestattete Wort zu der Mittheilung an die Versammlung, daß am gestrigen Tage das Gas nach den mit demselben vorgenommenen Messungen zwar von einer außergewöhnlichen Lichtintensität, im Uebrigen aber von so schlechter Beschaffenheit, wie noch nie, gewesen sei, insbesondere starken Ruß ausgefreut habe. Den Aeußerungen des Herrn Vorsitzenden und des Herrn Födel zufolge wird diese Erscheinung ihren Grund darin gehabt haben, daß am gestrigen Tage eine hier noch nicht zur Gasfabrication verwendete Kohle, die sogenannte Boghead-Kohle, versucht sei, um ein kräftigeres Licht zu erzeugen. Nach Ansicht des Herrn Meyer hätte ein solcher Versuch zunächst im Kleinen gemacht werden sollen, wogegen der Herr Vorsitzende der Meinung ist, daß die Wirkung und der Erfolg der Verwendung jener Kohle nur im Großen sich genügend beurtheilen lassen.

Die Sitzung wird hierauf von dem Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung des Protokolls in der nächsten Sitzung geschlossen.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 16. December 1858.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet. Die Abwesenheit der Herren Bierbaum, Denecke, Helfft, Lissebon und Niemeyer wird von der Versammlung als entschuldigt angenommen; außerdem sind abwesend die Herren Löbbecke, Meyer und Fischbieter.

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 25. v. Mts. wird verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Herr Födel beginnt Namens der Finanz-Commission die Tages-Ordnung mit der Berichtserstattung über die mittelfst Schreibens vom 2. d. Mts. vom Stadt-Magistrate übersandten städtischen Etats auf das Jahr 1859, insbesondere über den Stadt-Cassen-Etat und die Etats über die Armen-Casse, die Gemeindschul-Casse, die Begebau-Casse und die Casse der für Hunde zu entrichtenden polizeilichen Abgabe. In jenem Begleitschreiben sind einige Propositionen enthalten, welche Aenderungen des Bestehenden zum Gegenstande haben, während im Uebrigen die Etat-Ansätze von denen für das laufende Jahr nicht erheblich abweichen oder aber auf Grund früherer Beschlüsse dieser Versammlung aufgenommen sind.

Der Herr Vorsitzende knüpft an diese Vorbemerkungen des Herrn Referenten die Eröffnung, daß er nur über diejenigen Etatspositionen eine besondere Beschlußnahme veranlassen werde, zu welchen Bemerkungen oder Anträge gemacht würden, so daß die übrigen als stillschweigend genehmigt anzusehen sein würden. — Ein Widerspruch gegen dieses Verfahren wird nicht erhoben.

Die Einnahmen, unter welchen nach Maßgabe des zwischen der Herzogl. Landesregierung und der hiesigen Stadt abgeschlossenen Vertrages die Leistungen aus der Herzogl. Cammer-Casse und aus der Herzogl. Steuer-Amts-Casse, — abgesehen von dem in den Etat der Armen-Casse aufgenommenen Beitrage zur Armen-Verwal-



tung —, in der Gesamt-Summe von 10,161  $\text{fl}$  16  $\text{gr}$  resp. 485  $\text{fl}$  21  $\text{gr}$  aufgeführt worden, sind im Ganzen auf 31441  $\text{fl}$  10  $\text{gr}$  8  $\text{q}$  berechnet.

Rücksichtlich der Ausgaben sind vom Stadt-Magistrate verschiedene Gehalts-Erhö-  
hungen proponirt:

- 1) für den Stadt-Secretair Carstens eine Zulage von 100  $\text{fl}$  zu dem frühern Gehalte von 600  $\text{fl}$ ;
- 2) für den Stadtrevisor Trömmner eine Zulage von 100  $\text{fl}$  zu dem frühern Gehalte von 600  $\text{fl}$ ;
- 3) für den Magistrats-Schreiber Westphal eine Zulage von 20  $\text{fl}$  zu dem frühern Gehalte von 280  $\text{fl}$ ;
- 4) für den Magistrats-Schreiber Gerloff eine Zulage von 40  $\text{fl}$  zu dem frühern Gehalte von 180  $\text{fl}$ ;
- 5) für den Magistrats-Schreiber Müller eine Zulage von 30  $\text{fl}$  zu dem frühern Gehalte von 150  $\text{fl}$ ;
- 6) für den Stadt-Cämmerer Wasmus eine Zulage von 100  $\text{fl}$  zu dem frühern Gehalte von 800  $\text{fl}$ ;
- 7) für den Stadtcassen-Schreiber Gramm eine Zulage von 20  $\text{fl}$  zu dem frühern Gehalte von 100  $\text{fl}$ .

Diese Gehalts-Erhö- hungen werden, jede einzeln, von der Finanz-Commission be-  
fürwortet und von der Versammlung durch Beschluß genehmigt.

Die Bauten und Reparaturen an städtischen Gebäuden, soweit solche der Stadt-  
Casse obliegen, sind von dem Stadtbaumeister Tappe zu 4560  $\text{fl}$  veranschlagt und  
zu diesem Betrage in den Etat als Ausgabe-Position aufgenommen, nachdem die  
städtische Baudeputation dieselben geprüft und als nothwendig anerkannt hat. Für  
den Fall aber, daß die Stadt-Casse die nöthigen Mittel zur Bestreitung sämtlicher  
projectirten Ausgaben nicht sollte gewähren können, wird vom Stadt-Magistrate vor-  
geschlagen, auch im kommenden Jahre noch die Instandsetzung des Innern des Neu-  
stadt-Rathhauses auszuführen. Von der Finanz-Commission wird nicht bloß der obige  
Etat-Ansatz von 4560  $\text{fl}$  mit der vom Stadt-Magistrate angedeuteten Beschränkung,  
sondern auch die gesammte Ausgabe-Position für Unterhaltung der städtischen Grund-  
stücke im Betrage von 5823  $\text{fl}$  9  $\text{gr}$  2  $\text{q}$  der Versammlung zur Genehmigung em-  
pfohlen und erklärt sich letztere auch mit diesem Antrage einverstanden.

Behuf Unterhaltung der Gemeinde-Schulen ist einschließlic der Unterstützung für  
die Zeichnen- und Modellir-Schule des Gewerbevereins im Betrage von 400  $\text{fl}$  eine  
Summe von 14394  $\text{fl}$  2  $\text{gr}$  3  $\text{q}$  in dem Stadt-Cassen-Etat in Ausgabe gestellt.  
Dabei ist insbesondere noch auf eine zu dem Etat der Schul-Casse vom Stadt-Ma-  
gistrate beantragte Erhöhung der Gehalte der Schulpedellen Falkenberg und Stanze  
von 100  $\text{fl}$  auf 120  $\text{fl}$  Bezug genommen. In Uebereinstimmung mit der Finanz-  
Commission ertheilt die Versammlung zu den proponirten Gehalts-Erhö- hungen und  
zu der ganzen Ausgabe-Position von 14,394  $\text{fl}$  2  $\text{gr}$  3  $\text{q}$  die Genehmigung.

Die Kosten der Armenpflege sind zu insgesammt 27998  $\text{fl}$  veranschlagt, in dem  
Special-Etat der Armen-Casse ist der schon oben erwähnte vertragmäßige Zuschuß  
der Herzoglichen Landesregierung aus der Herzogl. Haupt-Finanz-Casse im Betrage  
von 7800  $\text{fl}$  aufgeführt und unter den Ausgaben eine Gehalts-Erhö- hung für den  
Schreiber Schmidt von 180  $\text{fl}$  auf 220  $\text{fl}$  vom Stadt-Magistrate in Antrag ge-  
bracht, welche auf Befürwortung der Finanz-Commission von der Versammlung ge-

nehmigt wird; nach jenem Special-Etat ist bei der Armen-Casse auf eine Gesamt-Einnahme von 13,632  $\text{fl}$  23  $\text{gr}$  3  $\text{q}$  gerechnet, dagegen eine Gesamt-Ausgabe von 40,760  $\text{fl}$  23  $\text{gr}$  3  $\text{q}$  in Aussicht, welche durch einen Zuschuß aus der Stadt-Casse im Betrage von 27,128  $\text{fl}$ , in den obigen 27,998  $\text{fl}$  enthalten, gedeckt werden muß.

Mit dem Etat der Begebau-Casse, welche zur Befoldung des Baupersonals u. einen Zuschuß von 450  $\text{fl}$  aus der Stadt-Casse erhält und eines einstweiligen Zuschusses aus der Stadt-Casse im Betrage von 3879  $\text{fl}$  11  $\text{gr}$  1  $\text{q}$  — im laufenden Jahre 4669  $\text{fl}$  10  $\text{gr}$  4  $\text{q}$  —, bedürftig ist, erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Der Etat der Casse der für Hunde zu entrichtenden polizeilichen Abgabe veranschlagt diesen Abgaben-Betrag auf 1000  $\text{fl}$ , welche Einnahme durch Strafgelder und Zinsen von ausgeliehenen Capitalien — 2500  $\text{fl}$  — auf 1085  $\text{fl}$  sich steigern wird. Zu den auf 1038  $\text{fl}$  berechneten Ausgaben gehören insbesondere 100  $\text{fl}$  für die Handwerker-Fortbildungs-Schule, 300  $\text{fl}$  für die Kleinkinder-Bewahranstalt, 200  $\text{fl}$  für die Speise-Anstalt für Bedürftige, 300  $\text{fl}$  behuf Bestreitung der Kosten einer öffentlichen Bade-Anstalt. Der Etat wird von der Versammlung genehmigt.

Eine Zusammenrechnung der sämtlichen Ausgaben der Stadt-Casse ergibt eine Summe von 87,941  $\text{fl}$  10  $\text{gr}$  8  $\text{q}$ .

Da diese Gesamt-Ausgabe die Gesamt-Einnahme der Stadt-Casse zu 31441  $\text{fl}$  10  $\text{gr}$  8  $\text{q}$  um 56,500  $\text{fl}$  überschreitet, so giebt der Stadt-Magistrat unter Vor-aussetzung der Zustimmung zu den sämtlichen Etats der Versammlung anheim:

- »1) zu genehmigen, daß das Deficit der Stadt-Casse im Betrage von 56,500  $\text{fl}$  durch eine nach den bisher befolgten Grundsätzen auszuschreibende Communalsteuer gedeckt werde, jedoch
- 2) den Stadt-Magistrat zu ermächtigen, von den projectirten Bauten falls die eingehende Communalsteuer zur Bestreitung der sämtlichen Ausgaben nicht genügen sollte, die eine oder die andere, weniger dringende Baulichkeit auszusetzen.«

Unter Hinweisung auf die in Bezug auf die einzelnen Etats bereits gefaßten Beschlüsse und auf die Nothwendigkeit, der Befriedigung der pecuniären Bedürfnisse der hiesigen Stadt durch Erhebung einer Communal-Steuer zu Hilfe zu kommen, beantragt die Finanz-Commission:

»den Propositionen des Stadt-Magistrats gemäß, die Zustimmung zu den sämtlichen Etats, die Genehmigung zur Ausschreibung einer Communal-Steuer nach den bisherigen Grundsätzen und die eventuelle Ermächtigung zur Aussetzung nicht all zu dringender Baulichkeiten zu ertheilen,«  
und wird diesem Antrage durch Beschluß der Versammlung entsprochen.

II. Herr Grotzian macht Namens der Finanz-Commission der Versammlung Vortrag aus einem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 9. d. Mts. über ein Gesuch des Vorstandes der Speise-Anstalt für Bedürftige, um Verwilligung einer außerordentlichen Unterstützung.

An dem vormalig Wegner'schen, sub *N* ass. 50 am Burgplazze belegenen Hause, welches von der Speise-Anstalt und von der Diensthofen-Anstalt benutzt wird, ist eine Dachreparatur nothwendig geworden, welche nach der Bescheinigung des Stadtbau-meisters Tappe einen Kostenaufwand von 601  $\text{fl}$  1  $\text{gr}$  4  $\text{q}$  verursacht hat; außer-

dem ist für die Zwecke der Speise-Anstalt ein Kochheerd angelegt, für welchen eine Ausgabe von 57  $\text{fl}$  11  $\text{gr}$  7  $\text{q}$  entstanden ist.

Der Stadt-Magistrat hat versucht, das Verhältniß der beiden Anstalten zu einander in Bezug auf die Unterhaltung des von denselben gemeinschaftlich benutzten Hauses klar zu machen und festzustellen, und ist dabei zu dem Resultate gelangt, daß von dem an dem Hause haftenden Hypothek-Capitale des Herzogl. Leihhauses von 4905  $\text{fl}$  die Speise-Anstalt 1811  $\text{fl}$  22  $\text{gr}$  5  $\text{q}$  und die Dienstboten-Anstalt 3093  $\text{fl}$  1  $\text{gr}$  7  $\text{q}$  zu verzinsen haben würden; die sonstigen Ausgaben für das Haus, insbesondere die Brand-Cassengelder und andere öffentlichen Abgaben, sowie auch die Bau- und Reparaturkosten haben beide Anstalten zu gleichen Theilen zu tragen. Die auf die Speise-Anstalt fallenden Zinsen-, Abgaben- und Kosten-Beträge, sind nach einem frühern Beschlusse der städtischen Behörden auf die Stadt-Casse insoweit übernommen, als für diese Ausgaben eine jährliche Summe von 120  $\text{fl}$  ausgesetzt ist, die jedoch nur nach Bedürfniß von der Speise-Anstalt erhoben werden sollten.

Das Gesuch des Vorstandes der Speise-Anstalt ist vorzugsweise darauf gerichtet, die Dachreparatur-Kosten im Betrage von 601  $\text{fl}$  1  $\text{gr}$  4  $\text{q}$  aus städtischen Mitteln vorwiegend zu erhalten, wobei mitgetheilt worden ist, daß der Vorstand der Dienstboten-Anstalt sich bereit erklärt habe, die Hälfte jener Summe zu verzinsen. Für die Anschaffung des Kochheerdes zu 57  $\text{fl}$  11  $\text{gr}$  7  $\text{q}$  handelt es sich nur um die nachträgliche Genehmigung, während rücksichtlich des Zuschusses aus der Stadt-Casse im Betrage von 120  $\text{fl}$  von dem Vorstande der Speiseanstalt gebeten ist, diese jährliche Einnahme voll und unbeschränkt der Anstalt zu überweisen.

In Erwägung der guten Zwecke, die von beiden Anstalten verfolgt werden, und der bedrängten finanziellen Lage beider Anstalten, wird vom Stadt-Magistrate vorgeschlagen:

»die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß

- 1) die Kosten der Instandsetzung des Daches auf dem von der Speise-Anstalt und der Dienstboten-Anstalt benutzten Hause im Betrage von 601  $\text{fl}$  1  $\text{gr}$  4  $\text{q}$  aus dem Vorrathe der Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde berichtigt,
- 2) die Kosten des neuen Kochheerdes zu 57  $\text{fl}$  11  $\text{gr}$  7  $\text{q}$  von der Speise-Anstalt allein übernommen werden,
- 3) der jährliche Zuschuß von 120  $\text{fl}$  aus der Stadt-Casse an die Speise-Anstalt unbeschränkt und voll ausgezahlt werde,

jedoch unter nachfolgenden Bedingungen, daß

- a. die Zinsen des dem Herzogl. Leihhause schuldigen Hypothek-Capitals zu 4905  $\text{fl}$  dergestalt aufgebracht werden, daß die Speise-Anstalt solche von (1811  $\text{fl}$  22  $\text{gr}$  5  $\text{q}$  ÷ 300  $\text{fl}$  12  $\text{gr}$  8  $\text{q}$ ) 1511  $\text{fl}$  9  $\text{gr}$  9  $\text{q}$  und die Dienstboten-Anstalt von (3093  $\text{fl}$  1  $\text{gr}$  7  $\text{q}$  + 300  $\text{fl}$  12  $\text{gr}$  8  $\text{q}$ ) 3393  $\text{fl}$  14  $\text{gr}$  3  $\text{q}$  bezahle, jede die öffentlichen Abgaben, Brandcassen-Gelder und Baukosten zur Hälfte entrichte und der Vorstand der Dienstboten-Anstalt, welche keine Corporationsrechte habe, sich persönlich für diese Zahlungen verbindlich mache;

b. die Vorstände der Speise-Anstalt und der Diensthoten-Anstalt sich verpflichten, bei Vermeidung eignen Haftens künftighin, ohne vorherige Genehmigung des Stadt-Magistrats, keine Baulichkeiten für die Anstalten vorzunehmen;

c. der Vorstand der Diensthoten-Anstalt die Erklärung abgebe, daß die die Anstalt zugehörenden Capitalien der hiesigen Stadt zur Sicherheit für ihre Forderung, aus der für das angekaufte Haus geleisteten Mehrzahlung verpfändet sein sollen, dergestalt, daß die Stadt sich daran zu halten befugt sein solle, wenn ihr beim Aufhören der Anstalten oder wenigstens der Diensthoten-Anstalt und bei anderweiter Disposition über das fragliche Haus ein Schaden entstehe.

Don der Finanz-Commission werden diese Propositionen des Stadt-Magistrats unterstützt, da es sich hier um die Förderung eines guten Zweckes, um die Aufhilfe bedürftiger Bewohner der hiesigen Stadt handle und die Privatpersonen, welche sich eine solche Aufgabe durch die Unterhaltung und Verwaltung der Speise-Anstalt und der Diensthoten-Anstalt gestellt hätten, nicht füglich angehalten werden könnten, die nothwendigen Ausgaben für das Haus aus eigenen Mitteln zu bestreiten.

Herr Häusler hält die dritte Bedingung nicht dem Verhältnisse entsprechend, in welchem die Speise-Anstalt und die Diensthoten-Anstalt zu dem von ihnen gemeinschaftlich benutzten Hause ständen; letzteres sei der erstern Anstalt gerichtlich verlassen und gehöre daher dieser allein auf Gewinn und Verlust; die Diensthoten-Anstalt dagegen stehe zu der Speise-Anstalt in einem ähnlichen Verhältnisse, wie etwa der Miether zum Vermiether, nur daß statt des Miethgeldes Beiträge zur Vergütung des Hauskauf-Capitals und zu den Abgaben und Unterhaltungskosten verabredet seien; so sei auch ursprünglich dieses Verhältniß aufgefaßt. Wenn jetzt aber nach der Proposition des Stadt-Magistrats von dem Vorstande der Diensthoten-Anstalt eine Sicherstellung der hiesigen Stadt wegen etwaiger Verluste, die aus dem Besitze des Hauses insbesondere bei anderweiter Disposition über dasselbe hervorgehen könnten, gefordert würde, so werde dadurch der Sache nach ein Miteigenthum der Diensthoten-Anstalt an dem Hause anerkannt und müßte die Diensthoten-Anstalt für solchen Fall auch an den Vortheilen, welche bei einer etwaigen Veräußerung des Hauses sich ergeben sollten, in gleicher Weise, wie die Speise-Anstalt participiren. Eine Gleichstellung der Diensthoten-Anstalt mit der Speise-Anstalt nach dieser Seite hin, sei allerdings der letztern nicht ganz günstig, gleichwohl eine Forderung der Billigkeit, und danach erscheine der Antrag gerechtfertigt:

»daß bestimmt ausgesprochen werden möge: das Haus stehe auf Gefahr beider Anstalten und beide Anstalten hätten insbesondere im Veräußerungsfalle etwaige Verluste in gleicher Weise zu tragen, ebenso aber auch an den etwaigen Vortheilen in gleicher Weise Theil zu nehmen.«

Von den Herren Grotian, Oberbürgermeister Caspari, Steinmeyer und Kronheim wird ausgeführt, daß das Haus beiden Anstalten zur gemeinschaftlichen Benutzung überwiesen sei, jedoch nur auf den Namen der Speise-Anstalt in das Gerichtsbuch habe eingetragen werden können, weil die Diensthoten-Anstalt Corporationsrechte bis jetzt nicht erworben habe. Das Verhältniß beider Anstalten zu einander sei kein reines Miethverhältniß, eben so wenig aber auch ein Miteigenthum,



sondern es seien die von der Speise-Anstalt nicht benutzten Räumlichkeiten jenes Hauses der Diensthoten-Anstalt zur Benutzung für ihre Zwecke auf unbestimmte Zeit überlassen: dafür habe die Diensthoten-Anstalt insbesondere einen Theil der Kosten, die mit dem Besitze des Hauses verbunden seien, übernommen, und solle für den Fall, daß die Benutzung des Hauses von ihrer Seite aufhören würde, auch für den Schaden eintreten, welcher der Speise-Anstalt bei einer demnächst etwa nothwendig werdenden Veräußerung entstehen könnte. Aber die Haftverbindlichkeit der Diensthoten-Anstalt solle sich nach der Proposition des Stadt-Magistrats nur darauf beschränken, daß diejenigen Capitalien, welche der Diensthoten-Anstalt überwiesen seien, von dem Vorstande dieser Anstalt insoweit zur Verfügung gestellt würden, um einen Verlust der letztern abzuwenden, zumal auf einen Gewinn aus einer dereinstigen Veräußerung des Hauses nicht zu rechnen sei. Ohne jene Bedingung, durch welche also nicht das Vermögen einer Privatperson, sondern einer Anstalt als Deckung in Anspruch genommen würde, sei es nicht möglich, die Speise-Anstalt vor Schaden zu bewahren, da die Diensthoten-Anstalt, ohne die Rechte einer Persönlichkeit zu besitzen, über ihre Capitalien dereinst nicht verfügen und auch nicht als Miteigenthümerin des Hauses angesehen werden könne.

Durch die Abstimmung, welche der Herr Vorsitzende zunächst auf die Proposition des Stadt-Magistrats unter dem Vorbehalte einer nachfolgenden Abstimmung über den Antrag des Herrn Häusler bezieht, wird von der Versammlung die Proposition des Stadt-Magistrats angenommen; die fernere Abstimmung über den Antrag des Herrn Häusler hat eine Ablehnung desselben Seitens der Versammlung gegen wenige Stimmen zur Folge.

III. Ein ferneres Schreiben des Stadt-Magistrats vom 9. d. Mts. betrifft den Ankauf der Häuser *N* ass. 1916 und 1917a am Steinwege, über welches Herr Grottrian als Referent der Finanz-Commission Bericht erstattet:

Bei dem Contracts-Abschlusse über den Kauf jener beiden Häuser Seitens der Stadt, welche zwar nicht für den von dieser Versammlung bestimmten Kaufpreis von 20,000 *₹* resp 10,000 *₹* aber doch durch Vermittlung eines Zuschusses von 2000 *₹* Seitens des Herzogl. Staats-Ministeriums für 21,000 *₹* resp. 11,000 *₹* zu erlangen gewesen sind, ist zur Sprache gekommen, daß bezüglich des Hauses *N* ass. 1916 einige mit demselben enger verbundene Gegenstände durch den Verkäufer von dem Verkaufe ausgenommen seien, und bezüglich des Hauses *N* ass. 1917a die zu demselben gehörige Wiese vom Hause getrennt sei. In beider Beziehung hat der vormalige Porcellanhändler Steinhoff, welcher die Häuser wiederum von der Stadt käuflich übernommen hat, Einwendungen erhoben, indem er nicht bloß jene Gegenstände, sondern auch die Wiese als ihm nach der Contracts-Beredung mit verkauft betrachtet und aus diesem Grunde eine Entschädigung beansprucht. Letztere ist durch die weiteren Vergleichs-Verhandlungen auf 180 *₹*, den für die Wiese gezahlten Preis, festgestellt, und giebt der Stadt-Magistrat anheim:

»dem Steinhoff eine solche Entschädigung von 180 *₹* zu bewilligen,« um welchen Betrag sich die von demselben bei Uebernahme der Häuser zu zahlende Kauffumme der 12,000 *₹* vermindern würde.

Auf Antrag der Finanz-Commission erklärt sich die Versammlung mit der vergleichsweise festzustellenden Entschädigung des Steinhoff einverstanden.

Hierauf verliest der Herr Vorsitzende ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 30. v. Mts., die Stadtverordneten-Wahlen betreffend, nach welchen von den am Schlusse dieses Jahres ausscheidenden Mitgliedern dieser Versammlung, den Herren Aronheim, Denecke, Bierbaum, Grottrian, Kloss, Löbbbecke, Lübecke, Desterreich und Warentrapp, die Herren

Aronheim, Grottrian, Kloss und Desterreich, wieder gewählt und zu neuen Mitgliedern der Versammlung, die Herren:

Kaufmann Ernst Bartels,  
Kaufmann Theodor Degener,  
Kaufmann Wilhelm Flagge,  
Bäckermeister Rothdurst, und  
Hof-Buch- und Kunsthändler Ramdohr

berufen sind, sämtliche Gewählte auch die Wahl angenommen haben.

Endlich erhält Herr Fabricius das Wort und theilt derselbe der Versammlung mit, daß nach den in der letzten Zeit vorgenommenen Messungen des Gases die Straßenlaternen noch immer nicht die contractliche Lichtstärke von 20 Wachskerzen erreichten, sondern eine Lichtstärke von nur 15 bis 16 Wachskerzen gewährten, und da bei der Ausübung der Controle Namens der hiesigen Stadt ein gleiches Resultat sich herausgestellt haben werde, so werde die Anfrage erlaubt sein: ob und welche Maßregeln der geehrte Stadt-Magistrat zur Anwendung bringe, um diesem Mangel Seitens der Gaserleuchtungs-Gesellschaft Abhilfe zu verschaffen?

Herr Oberbürgermeister Caspari erwidert darauf, daß die von dem Apotheker Dr. Herzog für die hiesige Stadt vorgenommenen Gasmessungen eine regelmäßige Stärke von 19 bis 20 Wachskerzen ergeben hätten und danach die Gaserleuchtungs-Gesellschaft, welcher ohnehin nach den contractlichen Verabredungen eine Differenz von 10 Procent nachgesehen werden solle und müsse, ihren Verpflichtungen zur Genüge nachgekommen sei. Der bemerkte Mangel möge darin seinen Grund haben, daß dem getroffenen Uebereinkommen gemäß in einigen Straßenlaternen statt der 4füßigen nur 3füßige Brenner aufgesteckt seien. Im Uebrigen sei im Einverständnisse mit der betreffenden Commission zwischen dem Stadt-Magistrate und der Gaserleuchtungs-Gesellschaft eine Einigung darüber zu Stande gekommen, daß Statt der in dem Contracte verabredeten Lichtmessungen an sechs verschiedenen Stellen hiesiger Stadt, diese Messungen an zwei Punkten, und zwar wie bisher in der Aegidien-Apotheke und in dem Gebäude des Collegii Carolini Stattfinden sollen.

Herr Aronheim macht bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß wohl über die Leuchtkraft des Gases an und für sich nicht zu klagen sein möchte, daß aber in den meisten Straßenlaternen die zu prästirende Lichtstärke von 20 Wachskerzen deshalb nicht zu finden sei, weil nicht die entsprechende Quantität von 4 Fuß Gas in der Stunde verbraucht werde.

Nach Erledigung der Verhandlungen wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung geschlossen.